

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Gauß, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Sarbanum, Magdeburg. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127. Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgebühr die flugsgepaltene Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7779

Nr. 169.

Magdeburg, Sonnabend, den 22. Juli 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die politische Lage in Belgien.

Genosse Emile Vandervelde, der Führer der belgischen Sozialdemokraten nach Jean Volbers Tode, sendet der Wiener Arbeiterzeitung einen instruktiven und glänzend geschriebenen Bericht über die verflochtenen heißen Kämpfe mit Ausblicken in die nächste Zukunft. Nachdem wir vorgestern an dieser Stelle die nicht sehr hoffnungsvollen Verhältnisse unter den französischen Sozialisten geschildert haben, mögen seine Ausführungen heute hier um so lieber Platz finden.

Vandervelde schreibt:

„Man weiß, daß die Klerikalen, die seit 1884 am Ruder sind, in der belgischen Kammer über eine furchtbare Majorität verfügen: sie haben 112 Stimmen gegen 40 (12 Radikale, 28 Sozialisten). Diese Majorität, die in keinem Verhältnis zu ihrer wirklichen Stärke im Lande steht, verdanken sie hauptsächlich zwei Ursachen: der Ungerechtigkeit des Pluralvotums und der Furcht vor dem Sozialismus.“

Der Ungerechtigkeit des Pluralvotums (die Bestimmung, daß ein Wähler mehrere Stimmen abgeben darf, wenn er die nötigen Bedingungen erfüllt): das doppelte oder dreifache Stimmrecht kommt natürlich den Konservativen zugute, hauptsächlich aber den ländlichen Wählern, die die großen Bataillone der klerikalen Armee bilden.

Der Furcht vor dem Sozialismus: bei den Wahlen in den Jahren 1896 und 1898 wäre die Regierung geschlagen worden, wenn nicht die im ersten Wahlgang besiegten Liberalen bei der Stichwahl den Katholiken gegen uns zum Sieg verholfen hätten. Ihre bürgerlichen Instinkte waren stärker als ihr Antiklerikalismus.

Aber die Zeiten haben sich geändert: Die Affaire Dreyfus hat zu denken gegeben; der wunderbare wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre hat wie immer den liberalen Geist geweckt und die engherzige und kleinliche Politik der Klerikalen noch unerträglicher gemacht. Andererseits sind die Sozialisten unablässig an der Arbeit; die katholische Partei leidet an dem Krebsgeschaden innerer Streitigkeiten; in Flandern gedeiht die demokratische Bewegung. Kurz, man darf hoffen, daß bei den Wahlen im Jahre 1900 die verbündeten oppositionellen Parteien — mit dem allgemeinen Wahlrecht und der Proportionalvertretung als gemeinsamem Programm — dieser künstlichen Majorität, die ein hervorragendes katholisches Journal jüngst einen Koloss auf thönernen Füßen genannt hat, den Garauz machen werden.

Um diesen wankenden Koloss zu stützen, haben unsere klerikalen Minister — wie man sagt auf Betreiben von oben — den frechen Betrug erfunden, der die allgemeine Entrüstung gegen sie entfesseln sollte. Ihr Wahlreformprojekt normierte, wie man weiß, für die großen, wenigstens sechs Abgeordnete entsendenden Wahlkreise die Proportionalvertretung, behielt aber für die kleinen Wahlkreise das System der Majoritätsvertretung bei. Das bedeutete nichts anderes als die Unschädlichmachung der großen Städte.

Bei den Wahlen hätten die kleinen Wahlkreise den Ausschlag gegeben, das heißt also hauptsächlich die ländlichen Wahlkreise. Die klerikale Majorität wäre zwar zusammengebrochen, aber sie hätte sich länger behaupten können. Um ihre Machtstellung zu befestigen, ließen sich die Klerikalen, die Gleichheit vor dem Gesetz mit Füßen tretend, auf eine Spekulation ein, von der selbst Woeßte, der Führer der Rechten, nichts wissen wollte. Dieser Geheimentwurf, sagte er, wird darauf hinauslaufen, daß nicht mehr die wirklichen Machtverhältnisse in den Vertretungskörpern zum Ausdruck gelangen; und diese werden nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung genießen und es auch nicht verdienen.“ Aber trotz der Opposition Woeßtes erklärte sich die Centralisation des Parlaments für den Entwurf; die oppositionellen Abgeordneten und Senatoren beschloßen daraufhin, das Parlament zu verlassen, und an die öffentliche Meinung zu appellieren, falls die Regierung sich der Vertagung der Beratung bis nach den nächsten Wahlen widersetzen sollte. In der Zwischenzeit rüsteten sich die demokratischen Parteien zum Widerstand.

Aber, das muß gesagt werden, die Aussichten auf Erfolg schienen nicht groß zu sein. Wie sollte man die klerikale Majorität zum Nachgeben zwingen? Sie war um so entschlossener, es aufs äußerste ankommen zu lassen, als der Entwurf für sie nicht mehr und nicht weniger war als der Strohhalm für den Ertrinkenden. Und wie sollte man die Massen der Bevölkerung gegen ein kompliziertes Projekt in Bewegung setzen, dessen Ungerechtigkeit geschieht unter schwerverständlichen Paragraphen und anscheinenden Zugeständnissen

versteckt war? Wie sollten wir unsere durch einen vierwöchentlichen Streik erschöpften Bataillone mobilisieren?

Die aus Radikalen, Sozialisten und christlichen Demokraten zusammengesetzte Liga für das allgemeine Wahlrecht und die Proportionalvertretung eröffnete die Campaigne; sie hielt zahlreiche Versammlungen ab, durch die allerdings das Terrain vorbereitet wurde, die aber im allgemeinen, wenn nicht die Persönlichkeit des Redners die Massen herbeilockte, keinen sonderlichen Erfolg hatten.

Darauf beschloß die Arbeiterpartei, ohne fremde Hilfe zurückzuweisen, sich doch vor allem auf sich selbst zu verlassen und ihre eigenen Organisationen in Bewegung zu setzen. Die Brüsseler Federation entwarf den Feldzugsplan. Die Gewerkschaften erklärten sich in geheimer Abstimmung sämtlich für den Streik — das notwendige Vorbild zu der Aktion auf der Straße. Vor den Thoren der Stadt wurden fast jeden Tag unter freiem Himmel Versammlungen abgehalten. Acht Tage später waren unsere Truppen mobilisiert. Das übrige weiß man.

Im Parlament wurde vier Tage lang hartnäckig obstruiert, es wurde gesprochen, gepfiffen und mit den Pultdeckeln geklärt — man erzählt, daß einer unserer Genossen auf dem Waldhorn blies; der Lärm war aber so groß, daß ich nichts hörte. Die Bewegung auf der Straße wuchs trotz den Gendarmen oder vielmehr wegen der Gendarmen, die durch ihre viehische Brutalität die Bevölkerung aufs äußerste aufbrachten. Das dauerte eine Woche. Am siebenten Tage gab Vanderveerde nach. Am folgenden Dienstag wurde sein Projekt in einer Kommission begraben.

Das war der Sieg! —

Was sind seine politischen Konsequenzen und seine moralische Tragweite?

Zunächst ist es höchstwahrscheinlich, daß bei den nächsten Wahlen nach dem jetzigen Wahlsystem gewählt werden wird. Nicht minder wahrscheinlich ist es, daß in Brüssel und Antwerpen sich alle Demokraten — Liberale, Daensisten und Sozialisten — mit dem allgemeinen Wahlrecht als Plattform verbünden werden.

Indem die Arbeiterpartei sich diesem Kartell anschließt, verläßt sie keineswegs den Boden des Klassenkampfes, denn der Zweck dieser Koalition ist die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes, dieses für das Proletariat notwendigsten Werkzeuges zur Eroberung der politischen Macht.

Uebrigens: Wenn solche Bündnisse im Anfang der Arbeiterbewegung — also wenn das Klassenbewußtsein noch schwach und die Organisation noch unentwickelt ist und die bürgerlichen Parteien den Sozialisten an Stärke noch überlegen sind — eine große Gefahr bedeuten, so können sie die Richtung und das Tempo der Bewegung in keiner Weise zum Nachteil der Arbeiterpartei beeinflussen, wenn diese, wie es in Belgien der Fall ist, so klassenbewußt, so gut organisiert und den bürgerlichen Parteien an Stärke so sehr überlegen ist, daß sie das Rückgrat der Koalition bildet.

Und dann muß man, wie wir, durch fünfzehn Jahre die Herrschaft der Klerikalen ertragen haben, um unser heißes Verlangen, dieses Joch abzuschütteln, verstehen zu können. Selbst die christlichen Demokraten, die ebenso wie wir, ja noch mehr von den Pfaffen verfolgt werden, protestieren nicht mehr, wenn in Versammlungen und bei Demonstrationen wieder der alte Schlachtruf erschallt: „Nieder mit den Pfaffen!“ Diese durch die jüngsten Ereignisse herbeigeführte Spaltung der Katholiken und der christlichen Demokraten in Flandern ist gewiß eine bedeutende Erscheinung, deren mögliche Folgen nur schwer ermessen werden können.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Demokraten mit den klerikalen Pseudodemokraten nichts gemeinsam haben. Die „christliche Volkspartei“ — dies ihr offizieller Name — ist eine spezifisch belgische, oder besser gesagt, spezifisch flämische Erscheinung; denn bei uns im sozialistischen und freidenkerischen Wallonien hat die angebliche christliche Demokratie, die gegen die Daensisten einen unversöhnlichen Haß hegt, keinen anderen Zweck als den Kampf gegen die Sozialdemokratie. In Flandern dagegen, wo die Arbeiter mit Ausnahme einiger Städte überall religiös sind, setzt sich die Partei des Abbé Daens hauptsächlich aus proletarischen Elementen, vornehmlich Landarbeitern, zusammen; sie hat ein unserem Minimalprogramm ziemlich ähnliches Programm und führt einen energiegelassen Kampf gegen die Unternehmer, die Großgrundbesitzer, die „Krautjunker“, die Flandern ausbeuten und bedrücken. Ihre sozialen Anschauungen nähern sich übrigens mehr und mehr den unsrigen.

Debater, einer ihrer Führer, erklärte sich in einer Versammlung in Brüssel als Kommunist. Kurz, der „grüne Sozialismus“ (die Daensisten haben grüne Fahnen) ist ein unbewußter Sozialismus, ein Sozialismus, der noch in den Anfängen steht, verfehlt mit kleinbürgerlichen Anschauungen und überlebten religiösen Vorurteilen, aber ein Sozialismus, der wegen der Elemente, aus denen er sich zusammensetzt, sich immer mehr dem eigentlichen Sozialismus nähern muß. Wenn die Führer solcher Bewegungen auf halbem Wege stehen bleiben wollten — und das ist möglich, um nicht zu sagen: wahrscheinlich —, so würde die Bewegung sich ohne sie weiter entwickeln.

Jedenfalls ist das Bündnis jetzt fertig, und es wird mindestens bis zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes bestehen.

Neben den politischen Ergebnissen dieser erfolgreichen Bewegung giebt es noch andere, in unseren Augen viel wichtigere: Ohne die Energie und Kraft unserer Bundesgenossen, den starken Rückhalt, den uns die gesamte oppositionelle Presse gewährt hat, im geringsten zu verkennen, hat die Arbeiterpartei das Recht, zu sagen — und sie kann die Liberalen selbst als Zeugen führen —, daß sie die Seele der Bewegung gewesen ist, daß der Erfolg zum größten Teil ihr, ihrer Organisation, ihrer Disziplin, dem Klassenbewußtsein der Brüsseler Arbeiter zu verdanken ist. Der belgische Sozialismus ist in diesem Kampf mächtiger und seiner Kraft bewußter geworden. Es steht jetzt fest, daß die reaktionären Anschläge der Machthaber an seiner Organisation scheitern müssen; die Maison du Peuple ist nicht nur ein Magazin oder eine Fabrik; sie ist eine Welle der Revolution.

Die Regierung muß, wenn sie, wie wahrscheinlich, ebenso gut unterrichtet ist wie wir, nunmehr wissen, daß sie sich mehr mit absoluter Sicherheit auf die Gewalt der Bajonnette verlassen darf. Abgesehen von den 2500 Gendarmen, die eine verlässliche, aber ungenügende Prätorianergarde sind, ist die (infolge des Stellvertretungssystems) ausschließlich aus Proletariern bestehende Armee durch und durch vom Sozialismus „verseucht“. Wir wollen hier auf die zahlreichen Ereignisse der jüngsten Zeit, die uns zu dieser Behauptung berechtigen, nicht weiter eingehen. Wir begnügen uns damit, zu konstatieren, daß die Bürgermeister von Lüttich, Brüssel und Antwerpen während der Unruhen beim König Audienz nahmen, um ihm zu erklären, daß sie für die Aufrechterhaltung der Ruhe nicht länger bürgen könnten, daß die Polizei und die Gendarmen außer Rand und Band seien, und daß eine Intervention des Militärs das Zeichen zum Ausbruch der Revolution geben würde. Es war das erste Mal, glauben wir, daß „Männer der Ordnung“ ein solches Geständnis ablegten und es oben drein durch die Presse in die Welt hinausposaunten.

Eine andere Thatsache, die — besonders zu einer Zeit, da es Mode ist, von dem bevorstehenden Versall des Parlamentarismus zu fesseln — die Aufmerksamkeit auf sich lenken muß: Wenn wir nicht die parlamentarische Symmetrie hätten, wenn uns nicht die Früchte eines mehrhundertjährigen Kampfes zu statten gekommen wären, so wäre die Bewegung — wenn es überhaupt dazu gekommen wäre — jedenfalls unterdrückt worden.

Der Aufruhr im Parlament hat die Aktion der Regierung gelähmt, indem sie in dem Augenblick, da draußen schon der Aufruhr tobte, die Gesetzgebungsmaschine zum Stillstand brachte.

Man hat natürlich über Skandal geschrieben, und die anständigen Leute haben sich tugendhaft über die sozialistischen Abgeordneten entrüstet, die vor keinem Mittel zurückzucken, dem Wort die That folgen lassen, ins Parlament die Revolution tragen, der Glocke des Präsidenten zum Trotz die Marcellaise singen und allen Regeln zum Trotz parlamentarische Schlachten gewinnen, statt sie, wie herkömmlich, zu verlieren. Das ist das Ende des Parlamentarismus, sagt man. Man will wohl sagen: des bürgerlichen Parlamentarismus. Man wird sie nicht mehr wiedersehen, diese friedlichen Versammlungen, diese Verwaltungsausschüsse der herrschenden Klasse, abwechselnd beherrscht von den beiden Parteien, die, innig verbunden durch die Gemeinsamkeit ihrer wesentlichen Interessen, nur durch Nuancen getrennt oder wenigstens in den Hauptfragen einig waren.

Jetzt, da im Parlament wie im Senat sich zwei Klassen gegenüber stehen, die durch Erziehung, Glauben, Lebensweise und Interessen von einander getrennt sind, muß es natürlich zu Zusammenstößen kommen; es ist fast unvermeidlich, daß in einer kritischen Zeit der Bergarbeiter Carot und der Graf

von Mérode, Prinz von Rubempré, mit einander handgemein werden.

Während der denkwürdigen Sitzungen haben die liberalen Abgeordneten wohl begreifen müssen, daß sie an Boden verlieren, und daß das Proletariat anfängt, sich im Palais de la Nation zu Hause zu fühlen. Sie haben begreifen müssen, daß die „Herben“ Sozialdemokraten eine Macht vertreten, die bald alle anderen Mächte beherrschen wird, und als wir von den Balkons herab die begeisterte Masse haranguierten, mochte wohl mehr als einer im Geiste die nahe Zeit sehen, in der ihre Herrschaft unter dem Jubel der befreiten Arbeiter stürzen wird.“

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Wir haben gestern sofort erklärt, daß die bürgerliche Presse den Verzicht des Kaisers auf seinen dortmünder Besuch als gegen den Mittellandkanal gerichtet auffassen werde. Heute kommen die Meldungen von allen Seiten. So schreibt die Militärisch-Politische Korrespondenz:

Es kann nicht fehlen, daß hieraus allerlei Schlüsse auf das weitere Schicksal der Kanalvorlage werden gezogen werden. Man erinnert sich, daß kürzlich die Meldung verbreitet wurde und nicht auf Widerspruch stieß, Minister Dr. v. Miquel habe Herrn v. Lucanus gebeten, den Kaiser zu bestimmen, die Kanalfrage auf eine gelegeneren Zeit zu vertagen. Ginge der Kaiser nach Darmstadt, so würde er auch nicht umhin können, sich zur Kanalfrage zu äußern, dies wäre dann von den Kanalfeinden stark ausgenutzt worden. Wenn hinderdrein das Abgeordnetenhaus oder das Herrenhaus den Kanal abgelehnt hätte, wäre der Kaiser nach Ansicht der Kanalfeinde engagiert. Die Auflösung sei dann nicht zu vermeiden. Es kommt noch weiter hinzu, so wird erzählt, daß der Kaiser von Transaktionen mit dem Centrum sehr wenig wissen wolle, nachdem die Wahlen in Bayern dort für das Centrum eine absolute Mehrheit ergeben haben. Wenn die Verabschiedung der Kanalvorlage nur durch Konzessionen an das Centrum zu erreichen sei, so bleibt nichts übrig, als zu warten, bis eine günstigere politische Konstellation eintritt. Dies ungefähr ist die Meinung von Kreisen, welche in der Regel gut orientiert sind. Daß auch andere Gründe für die Aenderung der Pläne des Kaisers maßgebend gewesen sein können, muß von vornherein zugegeben werden. Morgen dürfte sich mehr darüber sagen lassen.“

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der erste Teil dieser Politik, ob kombiniert oder zugezogen spielt keine Rolle, den Thatsachen entspricht, wobei man sich nicht an Miquel und Lucanus zu klammern braucht. An ihrer Statt können andere Männer in derselben Richtung mit demselben Erfolg thätig gewesen sein. Was aber unsehlbar erfunden, ist die Anempfehlung des Centrums und die Anspielung auf den Ausgang der bayerischen Wahlen, soll heißen das „Mündnis“ mit der Sozialdemokratie. Dieser Vorgang wird noch seine politischen Folgen haben, aber daß er schon bei der Abgabe an Vorwand mitgespielt, ist ausgeschlossen. Der Schluß der Auslassung der Militärisch-Politischen Korrespondenz hat also nichts mehr mit der Kanalvorlage zu thun, sondern zielt mit kurzem Visier auf die — Zuchthausvorlage.

Dijffels wird angekündigt, daß ein Gesetz vorbereitet wird, das die Strafmündigkeit, die jetzt vom 12. Lebensjahre ab beginnt, bis zum vollendeten 14. Lebensjahre hinausrückt. Es heißt in den Berliner Politischen Nachrichten:

Es läßt sich nicht leugnen, daß die jetzige Bestimmung des Strafgesetzbuches die elische Minderjahre in der Folge hat und namentlich die doch durchaus wünschenswerte Besserung der jugendlichen Verführer nicht zu verhindern, vielmehr zu verhindern geeignet ist. Dieser Mangel ist an den zuständigen Regierungsstellen nicht erst jetzt erkannt worden. Man hat deshalb auch schon vor einiger Zeit eine Aenderung in Aussicht genommen, und zwar die, daß eine Vorlage vorbereitet ist, worin für die unbedingte Strafmündigkeit an Stelle des vollendeten 12. das vollendete 14. Lebensjahr als Grenze gewählt werden soll. Ueber die Vorlage auf dieser Grundlage sind Verhandlungen mit den Regierungen eingeleitet. Wie sie ausfallen werden und wie spätlich der Bundesrat sich zu der Sache stellen wird, bleibt abzuwarten. Gewissmaßen als Ergänzung dazu wird die im Abgeordnetenhaus für Preußen bereits angekündigte Aenderung des Zwangs- und Wehrerziehungsgesetzes durch eine Aenderung des Gesetzes betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder erweitert. Die Vorlage, welche die Aenderungen enthält, ist im Preußen schon schon fertiggestellt, man hat von ihrer Einbringung beim Bundesrat vorläufig nur Absicht genommen, weil die langwierige Beratung schon so wie so durch andere Angelegenheiten überfordert war.

Mit der Erhöhung der Strafmündigkeit wird sich jeder vernünftige Mensch einverstanden erklären. Zweifelhaft ist nur das, was bei der Aenderung des preussischen Zwangs- und Wehrerziehungsgesetzes herauszuspriegen wird. Die Landrathskammer hat in dieser Sache das gewichtige Wort zu sprechen und da ist nicht anzunehmen, daß das Volk, die Kultur und die humanitäre Auffassung des preussischen Erziehungswesens eine Fortdauer erfahren. Wir fürchten, es wird im preussischen Abgeordnetenhaus ähnlich zu hergehen, wie im Reichstagen am 10. und 11. März, in dem man in diesen Tagen nicht nur Kinder von einem bestimmten Alter ab, sondern Kinder ganz allgemein, also sogar Säuglinge, für ihre Handlungen verantwortlich bezeichnet und damit zugelassen hat, daß sie in Zwangs- und Wehrerziehung gebracht werden können. Der ungeheure Fortschritt ist in Meinungen natürlich nicht mit einem Sprunge erzielt worden. Die Regierung wollte sich mit der Altersgrenze des jetzigen, jenseits des letzten Jahres begnügen. Dem bürgerlichen Landtagsmitgliedern war das aber nicht vorübergehend genug. Die Kommission, in der drei Sozialdemokraten saßen, beschloß, daß die Verantwortung über die Zulässigkeit der Zwangs- und Wehrerziehung auch auf Kinder unter sechs Jahren ausgedehnt werden sollte. Da selbst in Meinungen Kinder in diesem Lebensalter nicht durch eigene Handlungen ihre Verderben herbeiführen können, so werden ihre Thaten und Unterlassungen den Eltern zur Last gelegt werden, bei deren Beantwortung die politische Verantwortlichkeit in Preußen-Darmstadt eine große Rolle zu spielen pflegt. Wird das Gesetz fertig gehandelt, so werden sich in Meinungen auf dem Gebiete der häuslichen Erziehung erprobende Eingriffe vollziehen. In der nächsten Session werden wir ja erleben, ob Preußen überhaupt dem ehemals liberalen Meinungen Gehorsam leisten will.

Der adlige Großgrundbesitz ist nach den diesmaligen Wahlen aus der bayerischen Abgeordneten-Kammer vollständig verschwunden. Von den Volksvertretern besitzen den erblichen Adel Genosse Bollmar, der ultramontane Druckereibesitzer v. Lema und der liberale, von niederbayerischen Bauernbündlern gewählte v. Leisinger. Vor 1893 gab es in der Kammer zahlreiche Adelige, die Güterbesitz hatten und den Kammerherrnschlüssel trugen. Das Centrum wagt in Bayern schon seit sechs Jahren nicht mehr, Adelige für den Reichs- und Landtag als Kandidaten aufzustellen. Eine Ausnahme bildet der Reichstagsabgeordnete für Illertissen, Professor Frhr. v. Herling. Um so entgegenkommender verhält sich das Centrum gegen seine adligen Glaubensgenossen in Schlesien, stellenweise auch in Rheinland-Westfalen. — Interessant ist, daß unser Genosse Gabriel Löwenstein-Nürnberg der Alterspräsident der neuen Kammer ist. Für die Partei der „grünen Jungen“ ist das eine ganz respektable Leistung.

Die „Rettung“ des Mittelstandes mittels der Handwerker-Organisation geht den Krebsgang. Wir haben dafür schon zahlreiche Beweise geliefert und können die Reihe heute wieder ergänzen. Die Kölner Schuhmacher-Zwangsummung, die nur durch Ueberumpelung zu stande gekommen, hat sich nach dreimonatlichem Bestehen aufgelöst und in eine freie Vereinigung verwandelt. Ihre Auflösung beschloffen haben ferner die Zimmerer-Zunft in Wesel und die Schuhmacher-Zunft in Mülheim a. Ruhr. Wenn das so weiter geht, werden sich die Zünfter vor Trümmern bald nicht mehr zu retten wissen.

Nachrichten aus dem Auslande.

Auf Grund des berichtigten § 14 sind in Oesterreich Bier, Branntwein und Zucker mit erhöhter Steuer belegt worden. Unsere Wiener Parteigenossen veranlassen große Protestversammlungen gegen die ungelegliche Erhöhung der indirekten Steuern. — Der Reichsrat soll am 10. der 15. Oktober einberufen werden, aber nicht zu gesetzgeberischer Arbeit, sondern nur zur Wahl der Delegationen, damit die militärischen Ausgaben bestritten werden können. — Die Christlich-Sozialen, die Wahlrechtsräuber, haben zu Donnerstagabend in einem Hotel im Bezirk Mariahilf in Wien eine Festversammlung abgehalten, um für den Wahlraub an den Arbeitern zu demonstrieren. Infolgedessen veröffentlicht die Arbeiter-Zeitung einen Aufruf an die Arbeiter, sie möchten abends 7 Uhr auf der Mariahilfer Straße erscheinen, um hierdurch gegen den Wahlrechtsraub zu manifestieren und ihre Zahl der Zahl der Christlich-Sozialen entgegenzustellen. Der Aufruf warnt die Arbeiter vor Zorn und vor Beschimpfungen der Gegner und sagt: „Vomeistert Euren Ekel, spuckt nicht aus! Die Verachtung soll sumum sein! Genossen, kommt alle und seht Eure Feinde an!“

Der Beginn des Prozesses Dreyfus ist amtlich auf den 11. August festgesetzt worden. Die Generale und Verbrenner Gornje und Boisdeffre haben mit dem Vorsitzenden des Kriegsgerichts heimlich eine Unterredung gehabt, worüber sie vom Kriegeminister Gallifet zur Rechenschaft gezogen werden. Es wird den Gallifeten nichts Unangenehmes dabei passieren. — Unsere französischen Parteigenossen wollen im September einen Kongreß abhalten, auf dem die Spaltung und das Eintreten Millerands ins Ministerium erörtert werden soll.

Im belgischen Senat erklärte der Ministerpräsident, die Regierung habe ihre Wahlvorlage nicht zurückgezogen. Das sind keine Nebenarten, die den Rückzug decken sollen.

Aus Finnland beginnt jetzt, nachdem die letzten Hoffnungen auf die Erhaltung der Rechte geschwunden, eine Massenwanderung nach Nordamerika.

Gegen die Milanische Gewaltthätigkeit in Serbien haben nunmehr außer Rußland und Oesterreich auch Italien und Dänemark Vorstellungen erhoben. Der Zar hat den abtrünnigen serbischen Vojvoden Grunich, einen früheren radikalen Ministerpräsidenten, in demonstrativer Weise mit einem hohen Orden ausgezeichnet. Die Petersburger Presse fährt gegen Milan eine äußerst energische Sprache. Langsam beginnt sich auch die bürgerliche Presse anderer Länder von dem „Attentatschreien“ zu erholen. Der ganze Nordamerika wird endlich auch von ihr nicht mehr ernst genommen. Der Attentäter Kuzewitsch hat nur blinde Paroxysmen gehabt, die Kugel bei dem angeblich schwerverwundeten Abjunkten Lufitsch kann nicht gefunden werden, obwohl man mit Köuigenstrahlen nach ihr suchte, die Kugel, die Kuzewitsch auf sich abgefeuert haben soll, ist auch festgegangen, da war im Gesicht eine Verwundung durch Pulver festzustellen ist usw. Das „Gerichtsverfahren“ gegen die Verhafteten sollte am 20. ds. seinen Anfang nehmen. — Für die Art, in der der Spieler Milan mit den Radikalen umspringt, mag als Beweis dienen, daß er beim Empfang einer Deputation aktiver und unaktiver Professoren am 14. ds. sagte: „Auch unter Ihnen, meine Herren, gibt es welche, die durch das Betragen meines Sohnes und Gebietes hohe Stellen inne hatten, die Minister- und Staatsräthe bekleideten, dabei aber feige genug waren, hinterzücken sich anzugreifen und zu beschimpfen. Damit Sie mich in Zweifel sind, will ich mich offen erklären, auf wen diese Worte gerichtet sind, nun, auf niemand anders als auf Doktor Miguel Buic.“ Alle richteten ihre Blicke auf Buic, welcher leichenfahl sammelte: „Majestät, das habe ich nicht gehört.“ Die überströmige Deputation rief wie auf Kommando: „Schmach und Schande, wieder mit Buic!“ Nach dieser ausgesprochenen Scene entfernte sich die Deputation. Buic war ehemals Finanzminister und ist jetzt pensionierter Hochschulpfarrer und wird nun wohl bald aufgetrieben werden, wenn dem Milan nicht das Handwerk gelegt wird.

Die spanische Kammer wird in nächster Woche aufgetrieben. Die Regierung hat der Schwereleiter, die die finanzielle Lage herabgerufen, nicht fern werden können.

In Transvaal-Strait hat sich England mit dem Kräftigen Gegenstande vorläufig einverstanden erklärt.

Es soll weiter verhandelt werden. — In Bretoria ist die Stimmung beruhigter; man hofft, daß die Krise vorüber ist. Die englische Erklärung über die Annahme der Bestimmung hinsichtlich der Erwerbung des Stimmrechts hat Befriedigung hervorgerufen.

Parlamentarische Nachrichten.

Der Bericht der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses wird auf alle Fälle am 1. August festgesetzt werden. Die Kanalkommission hat bekanntlich die Festsetzung dieses Berichtes einer Subkommission übertragen und den nicht zu dieser Subkommission gehörigen Mitgliedern freigestellt, an der beireisenden Sitzung am 1. August teilzunehmen. Nach den Berliner neuesten Nachrichten soll Präsident von Kröcher beabsichtigen, die Kanalvorlage auf die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung, wahrscheinlich am 1. August, zu setzen.

Nachrichten aus Magdeburg.

Die Säuberung der Gemeindevorstände wird fortgesetzt. Heute sind und wieder eine Anzahl Schriftstücke zugegangen. Die betreffenden Arbeiter, die hiermit beglückt wurden, werden gebeten, und mitzutheilen, ob sie um Erabsetzung ihrer Steuer bei der Steuerbehörde eingekommen sind, oder ob ihre Einnahme sich verzögert hat. Strengste Diskretion wird zugesichert.

Der Kampf gegen die Zuchthausvorlage wird munter fortgesetzt. In dem Bereiche der Volksstimme haben bislang Versammlungen stattgefunden in Magdeburg (4 Versammlungen), Groß-Dittersleben, Fermerleben, Obenstedt, Niederndobeleben, Schönebeck, Frohse, Ufersleben (2 Versammlungen), Barby, Staßfurt, Calbe a. S., Quedlinburg (2 Versammlungen), Neuhaldensleben, Langermünde und Thale (2 Versammlungen). Redner in diesen Versammlungen waren die Genossen Haupt (2mal), Meyer-Halberstadt (1mal), Swienty-Halle (2mal), Pfannkuch (2mal), Pensch-Dessau (1mal) und Ab. Schmidt (13mal). Die Gesamtzahl der Versammlungsbesucher beträgt nach unseren Aufzeichnungen 8-9000. Weitere Versammlungen in den ländlichen Bezirken sind in Aussicht genommen, so in Aken und Halberstadt. Wie notwendig es ist, keinen Augenblick in der Agitation gegen die Zuchthausvorlage zu erlahmen, das hat uns erst die jüngste Kundgebung des Kaisers wieder gelehrt, das lehrt uns die Agitation, die die Scharfmacher im ganzen Lande entfalten, die Massenverbreitung der famosen Denkschrift, die täglichen Hefartikel in den Kreisblättern. Leider verkennen viele Arbeiter den ganzen Ernst der Lage, glauben, sich nach dem Resultat der ersten Sitzung in Sicherheit wiegen zu dürfen und meinen: „Es wird ja doch nichts.“ Diese Vertrauensseligkeit der Arbeiter ist aber die größte Gefahr. Sobald die Scharfmacher merken, daß die Arbeiter im Kampfe gegen die Zuchthausvorlage gleichgültig und schlapp werden, schwillt ihnen der Kamm, und all die heimlichen Freunde der Vorlage, die vorher nicht wagten, dafür zu sprechen, bekommen dann Mut, und es wird uns versehen, ist der verräterische Sabel geschlossen. Darum heißt es: Auf dem Posten bleiben, ausharren im Kampfe, bis die Gefahr beseitigt ist.

Zur Lohnbewegung der Böttcher. Die Innungsmeister beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit den Forderungen der Gesellen. Es wurde lebhaft dafür und dagegen gesprochen. Ein Teil der Meister schien geneigt, die Forderungen zu bewilligen, während andere widersprachen. Definitive Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Ein Innungsmeister, sowie ein größeres Geschäft mit 12 Böttchern haben bereits die Forderungen der Gesellen anstandslos bewilligt. Erfreulich ist, daß in dem letzten Geschäft infolge des Vorgehens der Böttcher auch die Brauer und Arbeiter freiwillig eine Lohnzulage erhalten haben. In den beteiligten Kreisen wird die Situation als sehr günstig bezeichnet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Forderungen womöglich ohne einen Streit acceptiert werden. Dies wäre sehr erfreulich. Erfreulich ist auch, daß die Innungsmeister nicht den Scharfmachern folgen und die gesamten Böttcher auspersen wie dies von einer Seite empfohlen wurde. Die Forderungen der Gesellen sind so beschaffen, daß sie ohne längen Streit bewilligt werden können. Demnach ist wieder eine Sitzung der Innungsmeister statt, in welcher definitiv über die Forderungen der Gesellen beschloffen werden soll. Wir werden auch über diese Verhandlung berichten.

Wahrhaft fürstliche Belohnungen gewährt der Eisenbahnsystems denjenigen seiner Beamten, die durch ihren Pflichterfüllung die Reisenden vor schweren Schäden bewahren. Das erhellt aus den abgeänderten Vorschriften über die Prämienverteilung bei Entdeckung von Schäden, welche ein Fehler des Ministers der öffentlichen Arbeiten bekannt macht: „Danach sollen die Beamten und Arbeiter des Betriebsdienstes an Prämien erhalten: für die Entdeckung von Unbrüchen an Teilen der Kuppelungsapparate, einschließlich der Zugstangen nebst Bolzen, ferner von Unbrüchen der Bremswellen, Bremszugstangen und Bremshängeseilen — eine bis drei Mark; von Unbrüchen an Kolben, Kolben-, Pleuel- und Kuppelstangen, an Kurbelzapfen — 1,50 bis 15 Mark.“ In allen diesen Fällen wird aber ausdrücklich vorausgesetzt, daß zur Auffindung dieser Schäden eine mehr als gewöhnliche Aufmerksamkeit erforderlich war.“ Es wird danach den Beamten oft schwer werden, sich ein paar Mark Prämie zu verdienen für einen angehenden Bruch der Kuppelung, der hunderte von Reisenden in Lebensgefahr bringen kann. Bemerkenswert ist auch, der Schwappstus des Erlasses: „Ein Bedürfnis, auch die Auffindung von Brüchen oder Unbrüchen an Traghaltern und Achshaltern, sowie an losen Radreifen und losen Achshaltern mit Prämien zu bedenken, kann zur Zeit nicht anerkannt werden.“ Ein loser Radreifen kann bekanntlich die Entgleisung des Wagens und somit ein schweres Eisenbahnunglück herbeiführen. Es bleibt uns sonach unverständlich, weshalb hierfür keine Prämien ausgesetzt werden.

Die Freigebigkeit der Aktionäre der Straßenbahn hat böse Folgen gehabt. Einer der Zeitungsreporter, den der Volkswund bereits Heerstraße-Reporter getauft hat, und welcher bei allen Restaurateuren wegen seiner Gefräßigkeit gefürchtet ist, hat so tief in den verdorbenen Champagner geblüht, daß er seinen feinen Körper den Füßen nicht anvertrauen konnte. Himmel, war das eine Leistung — ein Couvert von 18 Mark will aber auch erst vertilgt sein. Als wir von dem „Inusprigen“ Summer lasen, dachten wir uns gleich! Auf der Mann aber summenstinken gelassen sein. Nun wird uns vieles klar? Uebrigens haben die Aktionäre nicht nur einer unersetzten Schaar ein solennes Frühstück gegeben, sie haben auch an die Angestellten der Straßenbahn gedacht — sie erhielten pro Kopf 1 Mark und 5 Cigarren, außerdem gab es Bier. Wirklich sehr freigebig.

Der 10-Pfennig-Tarif. Endlich nimmt auch der General-Anzeiger Stellung zu dieser Frage; er schreibt: „So freudig die elektrische Bahn dieses Verkehrsmittel par excellence, von unserm Publikum begrüßt wird — ein Umstand macht sich doch geltend, der der allgemeinen Benutzung noch hinderlich ist: die zur Zeit auf der eröffneten Linie noch bestehenden verhältnismäßig hohen Fahrpreise. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, ist auch für die nächste Zeit kein Aussicht auf Herabsetzung der Lage vorhanden; als nächster Termin dürfte der Anfang des nächsten Jahres zu bezeichnen sein. Man will den reduzierten Tarif erst dann einführen, wenn noch mehrere Strecken dem elektrischen Verkehr übergeben worden sind.“ Also erst Anfang des nächsten Jahres soll der 10-Pfennig-Tarif eingeführt werden. Nun, wir protestieren ganz energisch dagegen, und werden unterjetzt eine Beipruchung im Stadtverordnetenkollegium protostieren. In keiner zweiten Stadt würde sich das Publikum so etwas von einer Privatgesellschaft bieten lassen.

Sommerferien für die städtischen Arbeiter sollen in einer Engage der Beteiligten an den Magistrat gefordert werden. Es wird darum erucht, allen städtischen Arbeitern, welche mindestens fünf Jahre hindurch im Dienste der Stadt thätig sind, vom Jahre 1900 ab

Einem alljährlichen Urlaub von einer Woche unter Fortzahlung des Lohnes zu bewilligen. Der Urlaub nach dieser Richtung hin ist in Berlin bereits gemacht, indem die Arbeiter der Desinfektionsanstalt schon in diesem Jahre einen Urlaub von 3 bis 7 Tagen erhielten. — So wird aus Berlin gemeldet. —

Während der Gerichtsferien, die vom 15. Juli bis zum 15. September dauern, rüht auch die Spruchthätigkeit des Reichsversicherungsamts, da hierbei die Mitwirkung der richterlichen Beisitzer nicht einbehalten werden kann. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß Reklamationen wegen Beschleunigung in Rentenfragen, die beim Reichsversicherungsamt anhängig und spruchreif sind, während der genannten Zeit keinen Zweck haben. —

Die Versicherung der Erntearbeiter. Zur Bewältigung der Erntearbeiten pflegen fast alle Landwirte ihr Arbeiterpersonal wesentlich zu verneuern. Vielfach geschieht dies in der Weise, daß einem Arbeiter ein Stück Land zur Abarbeitung in Accord gegeben und ihm überlassen wird, die erforderlichen Hilfskräfte sich selbst zu beschaffen. In solchen Fällen herrscht noch immer der weitverbreitete Irrtum, daß der Landwirt selbst mit der Entrichtung der Versicherungsbeiträge für die Hilfskräfte des Accordarbeiters nichts zu thun habe, deren Versicherung vielmehr dem Accordarbeiter obliege, weil dieser sie gebunden habe und bezahle. Hieraus kommt es indessen für die Frage, wer die Beitragsmatten zu leisten hat, nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts weniger an, als darauf, für wessen Rechnung und in wessen Betriebe die Accordarbeit verrichtet wird. Betriebsunternehmer in diesem Sinne ist aber regelmäßig der betreffende Landwirt, nicht der selbstversicherungsspflichtige Accordarbeiter, an den die Verwendung der Beiträge für sich und seine Hilfskräfte auch nicht vertraglich abgetreten werden darf. Die Landwirte werden daher gut thun, sich in der bevorstehenden Erntezeit auch um die ordnungsmäßige Versicherung des von ihnen Accordnehmern gebundenen Hilfspersonals zu kümmern, und zwar um so mehr, als die Kontrollbeamten der Versicherungsanstalt Sachen-Anhalt beauftragt sind, die Versicherung der Erntehilfsarbeiter in diesem Jahre besonders scharf zu kontrollieren. Die Erntearbeiter sind ganz besonders auf diese Warnung aufmerksam gemacht. —

In diesem Jahre soll erstmalig der Versuch gemacht werden, die Rekruten, soweit sie in Truppenteile desjenigen Armeekorps einzustellen sind, in dessen Bezirke ihre Aushebung erfolgt, unmittelbar zu ihren Truppenteilen einzubringen, ohne sie vorher bei den Bezirkskommandos zu sammeln. Danach kommt die jetzt übliche ärztliche Untersuchung in das Quartier des Landwehrbezirks in Fortfall. Die Uebführung der Rekruten für den Marsch vom Aufstellungsort zum Bestimmungsort erfolgt durch die mit Einziehung der direkten Steuern beauftragten Gemeindebehörden bezw. Steuerempfänger resp. durch die Bezirkskommandos, sofern deren Sitz mit dem Aufstellungsort des Einberufenen zusammenfällt. —

Unfälle. Der Arbeiter Robert G. ist von einer Fliege gehoben worden, wodurch eine Blutvergiftung entstanden ist. — Dem Ausreicher Gustav N. ist bei der Arbeit auf dem Straßenbahn-Depot Verletzung an der rechten Auge geschehen, wodurch eine Verwundung erfolgt ist. — Der Knecht Otto H. aus Wammendorf ist beim Aufhalten durchgehender Pferde gefallen und überfahren worden, wobei er einen Bruch des linken Schulterblattes erlitten hat. — Das Dienstmädchen Anna F. hat sich im Hause ihrer Herrschaft mit heißem Wasser den Fuß verbrüht. —

Nachrichten aus der Provinz.

Burg. (Vom Kampfplatz der Arbeiter.) Als Verfasser eines Boykott-Flugblattes gegen einen Wirt in Porey a. d. Elbe, welcher aus seinen Saal zu Versammlungen verweigerte, wurde Genosse Stollberg-Burg vom Schöffengericht Genthin zu 14 Tagen Haft verurteilt. Ebenso die Genossen Krause und Zühl-Parey wegen Verbreitung desselben. Dieses Urteil wurde vom Oberlandesgericht Naumburg bestätigt. — Der Genosse Kroll-Burg wurde wegen großen Unfugs, begangen durch eine sogenannte Bismarckbeleidigung (Mitreißfänger) zu 14 Tagen Haft verurteilt. — Genosse Riepke-Burg wegen eines zweiten Flugblattes über Parey als Verfasser und Stahmann-Burg als Verbreiter desselben wegen Geschäfts-schädigung zu 14 Tagen Haft. Gegen dieses Urteil ist jetzt Berufung beim Landgericht eingelegt. —

Gleiten. (Ueberfall.) Am vergangenen Freitag mittag begab sich die unverheiratete R., von Leipzig kommend, von Scheuditz nach hier, um ihren Bruder zu besuchen. Auf dem Wege gestellte sich am Scheuditzer Bahnteiche ein junger Mann zu ihr und begleitete sie bis zur Brücke über den Sprengbach kurz vor Ennewitz. Hier verabschiedete er sich und entritt gleichzeitig dem ahnungslosen jungen Mädchen das umgehängte Ledertaschen, mit welchem er die Flucht ergriff. In einiger Entfernung legte er die Tasche an einen Baum und lief in der Richtung nach Scheuditz weiter. Das junge Mädchen nahm die Tasche wieder an sich, aber das Portemonnaie mit 8 Mark Inhalt war daraus verschwunden. Der Thäter hat leider noch nicht ermittelt werden können. —

Schändlich. (Kampf gegen die Konsumvereine.) Am 1. Juli d. J. bezog der Arbeiter Seliger eine Wohnung bei dem Materialwarenhändler Kitzler. Unden Tags sagte der Hauswirt zum Mieter: Herr Seliger, es thut mir leid, aber Sie müssen nächstes Vierteljahr wieder ausziehen. „Nun, was habe ich denn verbrochen, daß ich wieder ausziehen soll,“ meinte nun Seliger. „Ich habe erfahren, daß Sie im Konsumverein sind, und Leute, welche im Konsumverein sind, kann ich in meinem Hause nicht gebrauchen, ich verlange von den Leuten, die bei mir wohnen, daß dieselben auch die Ware von mir beziehen, war die Antwort des Herrn Kitzler. Eine solche Handlungsweise Arbeitern gegenüber, welche ihre Lage durch die Konsumvereine einigermaßen verbessern wollen, ist unbedingt verwerflich. —

Weiskensfeld. (Es geht auch ohne Zuchthausvorlage.) Der Maurer Gustav Franz Gantzer hat bei dem jetzt noch währenden Maurerstreik einen Arbeiter durch Drohungen von der Arbeit

abzugewaltigen versucht, weshalb er vom Landgericht zu Naumburg zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. — Und was geschieht den halbesährigen Maurermeistern, die durch das System der schwarzen Liste Maurer, die außerhalb Halle Beschäftigung aufgenommen haben, wieder auf das Straßenpflaster treiben? —

Nachrichten aus dem Reiche.

Breslau. (Wagnadigt.) Wagnadigt wurde der wegen Urkundenverfälschung und Unterschlagung im Amte im Januar d. J. von der Breslauer Strafkammer zu neun Monaten Gefängnis verurteilte Schumann Eduard Schote, nachdem er einige Monate von dieser Strafe verblüht hatte. —

Bernburg. (Selbstmord.) Weil er keine Unfallrente haben sollte, ging ein 65jähriger Arbeiter, nachdem er am Sonntag aus dem Krankenhaus entlassen war, in die Saale und ertrank. Armer Mann. —

Frankenberg. (Blitzschlag.) Bei einem schweren Unwetter im oberhessischen Hinterlande in Elbershausen wurde die zwanzigjährige Tochter des Gutbesizers Dorfack vom Blitz erschlagen und ihr Bruder verlehrt; in Großenbach bei Berleburg sind zwei Männer, die bei dem Unwetter am Fenster standen, vom Blitz erschlagen. —

Gamm. (Luftmord.) Als eine zehnjährige Schülerin von hier am Dienstag morgen mit ihrem Bruder auf dem Wege zur Schule sich befand, näherte sich ihnen im Hammer Walde in drohender Stellung ein Mann, worauf beide die Flucht ergriffen. Als der Bruder in der Schule vom Lehrer nach dem Verbleib seiner Schwester, welche noch fehlte, befragt wurde, erzählte er das Vorgefallene, und man begann nun sofort den Hammer Wald abzusuchen und fand endlich auch das unglückliche Mädchen an einem Baume erhängt vor. Zweifelloch liegt Luftmord vor. Der mutmaßliche Thäter wurde am Mittwoch in der Person eines wegen Sittlichkeitsverbrechen schon vorbestraften Schuhmachers verhaftet, welcher erst kürzlich aus dem Gefängnis in Düsseldorf entlassen worden ist. —

Weimar. (Zubildung.) In der Erfurter Tribüne lesen wir: Der heilige Polizeipräsident Louis Koch befehlt am 11. August sein 25jähriges Dienstjubiläum. Der Mann hat sich während dieser Zeit die allgemeine Achtung aller Kreise der Bevölkerung erworben. Es dürfte wohl nicht viel Orte geben, aus denen gleich günstiges über die Beamten in gleicher Stellung gesagt werden könnte und wo namentlich auch die organisierte Arbeiterschaft in dieses Lob mit einstimmen kann. — Stimmt! —

Zehndorf. (Ueberfahren.) Von einem Mannsee-Bahnzuge wurde in der Nacht zum Mittwoch in der Nähe des Bahnhofs Zehndorf die 13jährige Anna Weber überfahren und so schwer verlehrt, daß sie bald darauf verstarb. —

Aus Augsburg. Wolffs Telegraphenbureau verbreitet folgende Nachricht: Hier selbst ist es infolge des umfangreichen Streiks im Baugewerbe schon gestern zu Ausschreitungen gekommen. Die Krawalle in der Weststadt zeigten gestern abend einen viel ernsteren Charakter wie am Tage vorher. Aufgereizte Volksmassen suchten wieder in das bereits vorgestern bedrohte Fabrik-anwesen einzudringen, wurden aber diesmal von einem Bataillon Infanterie daran gehindert. Die Soldaten hatten das Bajonett aufgeföhrt, machten aber keinen Gebrauch davon, sondern beschränkten sich darauf, die Menge mit dem Kolben zurückzudrängen. Eine Schwadron Chevaulegers säuberte die Straße. Die Polizei mußte wiederholt von der Waffe Gebrauch machen, mehrere Personen und eine größere Anzahl von Schuhtretern wurden verwundet, einer der letzteren ernsthaft. Etwa 20 Verhaftungen wurden vorgenommen und aufrechterhalten. Die Erregung im Stadtteile ist eine sehr große, die Unruhestörungen dauerten bis tief in die Nacht. — Es ist sonderbar, höchst sonderbar, daß seit der ersten Lesung der Zuchthausvorlage bei Streiks Unruhestörungen vorkommen und Militär requiriert wird. Ehe an die Zuchthausvorlage gedacht wurde, verliefen doch die Streiks ruhig, brauchte kein Militär herangezogen werden. Wie gesagt, sonderbar, höchst sonderbar. —

Ueber den Streik-Krawall berichtet die Augsburger Post-Zeitung:

Montag abend kam es an der Senteibachspinnerei zu einem großen Menschenauflaufe. Gegen 6 Uhr hatten sich ungefähr 10 streikende Maurer an Senteibach eingefunden, um die an dem Bauarbeiten der Spinnerei beschäftigten Staltener, welche vor einigen Tagen hier eingetroffen waren, zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Aus der Arbeit kommende Fabrik- und sonstige Arbeiter blieben bei den Streitposten stehen und ergriffen deren Mithit. Die Zahl der Unruhestörer wurde immer größer, die Situation eine gespannte. Gegen 1/2 9 Uhr mochte die Zahl der Personen am Senteibach 3000 überschritten haben. Rufe wie: „Maus mit den Staltenern, wir, die Arbeiter, wollen mit denselben sprechen!“ ertönten. Die eingetroffene Schutzmannschaft (20 Mann) konnte gegen die erregte Menge nicht das Geringste ausrichten, weshalb telephonisch Militär requiriert wurde. Inzwischen wurde bis zum Eintreffen des Militärs ein Schlauch an einen Hydranten angehängt und ergiebige Wasserstrahlen unter die Menge geschleudert. Im Lauffschritt trafen 70 Mann Infanterie mit einem Lieutenant an dem Sammelorte um 9 Uhr ein. Der Tambour schlug den Wirbel, worauf der Bezirksamtmann Herr Schleifer die Aufbruchartikel verlas. Die Polizei, welche inzwischen auf 50 Mann verstärkt war, zog blank und nahm

insgesamt 12 Verhaftungen vor. Von den Angefallenen wurde ein Steinwürfer gegen die Polizei gerichtet. Das Militär wurde mit „Hurra“ empfangen. Allmählich gelang es, die aufgeregte Menge zu zerstreuen; dennoch dauerte es bis halb 12 Uhr nachts, bis der Platz vollständig gesäubert war. Die ausgerückten 70 Mann Infanterie verließen bis heute morgen 6 Uhr in der Fabrik. Auf der Hauptwache waren 60 Mann mit einem Lieutenant untergebracht und in der Chevaulegerkaserne eine Eskadron in Bereitschaft gestellt. Heute abend werden neuerdings Ausschreitungen befürchtet. Die nötigen Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. Morgen abend finden im Wittelsbacher Hofe und im blauen Hof Protestversammlungen statt, in welchen Stellung gegen die Bauunternehmer und ihr Verhalten während des Maurerstreiks genommen wird. Natürlich benutzen die Scharfmacher-Organe diese Vorgänge als Material für die Zuchthausvorlage. —

Kleine Chronik.

Von der Tollmut befallen wurde in Loth (Belgien) ein Arbeiter, der einen tollwütigen Hund getödtet hatte und dabei leicht verwundet worden war. Er trieb seine eigenen Kinder und ließ davon, großen Schrecken verbreitend. Gendarmen verfolgten ihn ins Feld und bezwangen ihn. Die Kinder sind in die Pasteurische Heilanstalt nach Lille gebracht worden. —

Strunken sind nach Meldungen aus New-York sämtliche Mitglieder einer Familie, bestehend aus Vater, Mutter und 8 Kindern, die unweit einer kleinen Wacht im nordwestlichen Iowa lagerten, infolge plötzlichen Steigens der Gewässer nach einem Wolfenbuche. —

Mehr als 100 Soldaten der 4. Train Schwadron in Chartres mußten ins Hospital überführt werden, da sie nach dem Genusse von Konservenfleisch heftig erkrankten. Man fürchtet, daß mehrere derselben den Folgen der Vergiftung erliegen werden. —

Niederbrannt ist die ungarische Dtschschaff Hossuret im Bisthor Komitat fast gänzlich. Drei Kinder, die von ihren auf dem Felde befindlichen Eltern in der Wohnung eingeschlossen waren, fielen den Flammen zum Opfer. — Nach Meldungen aus Warschau wurde die im Gouvernement Kowno belegene Stadt Dobzitz von einem fürchterlichen Brande gänzlich eingeäschert. Eine jüdische Familie, sieben Personen, sind verbrannt. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Verwaltung Magdeburg. Montag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Zechter Bierhalle, Schöningerstraße 28, eine Versammlung für den Bezirk Sudenburg statt. — Am Sonntag, den 22. Juli, findet im „Luisenpark“ das Sommerfest statt, worauf wir hiermit nochmals hinweisen. —

Gr.-Ottersleben. Am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 3 Uhr, veranstaltet der Gesangverein Gr.-Ottersleben ein Sommerfest im Lokale des Herrn Ritter („Goldner Stern“). Abends 7 Uhr Ball.

Verbündete Naturheilvereine (Vortragsgruppe Magdeburg). Sonntag den 23. d. M. gemeinschaftlicher Ausflug sämtlicher Bundesmitglieder nach Wolmirstedt. Abmarsch Punkt 9 Uhr vormittags vom Vogelgefang. —

Naturheilverein Wilhelmstadt. Morgen Sonntag Ausflug nach Wolmirstedt. Sammelplatz an der Kirche. Abmarsch früh 8 Uhr.

Gr.-Ottersleben. Die Mitglieder der Central-Franken- und Sterbelasse der Deutschen Wagenbauvereine versammeln sich Sonntag nachmittags 4 Uhr pünktlich im Strumpfflebers Lokale zum Begräbnis. Um zahlreiches Erscheinen erucht die Verwaltung. —

Sonabend, 22. Juli:

Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. Versammlung abends 8 Uhr in Friedrichsplatz, Leipzigerstraße.

Bund der Sattler und Tapezierer. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr, in der „Burggasse“, Tischlergasse 28.

Deutscher Holzarbeiter-Verein, Filiale Budau. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Westphal (Thalia), Dortheenstraße 14.

Verein Deutscher Schuhmacher (Zustelle Neustadt). Versammlung abends 3 1/2 Uhr in der „Gemüthlichkeit“, Schmidtstr. 58.

Verband der Elb- und Hafnarbeiter. Versammlung abends 8 Uhr bei Müller, Tischlergasse. (Siehe Inserat.)

Letzte Nachrichten.

Weitere Gewaltmaßnahmen der bänischen Unternehmer. Die Unternehmer haben in ihrer Delegiertenversammlung eine weitere Ausdehnung der Aussperrung angebroht. Wird diese Androhung wahr gemacht, so würden weitere 20 000 Arbeiter davon betroffen werden, in Summa also 60 000 Mann ausgeperrt sein. Diese Maßregel soll am Montag Platz greifen. —

Briefkasten.

Mehrere Arbeiter in Burg. Sie entrühten sich über die Schamlosigkeit des Tagesblattes, welches in seiner Donnerstagnummer die bayerischen Sozialdemokraten als „Helfer des Helfers mit bösem Geruch“ bezeichnet. Wir begreifen Ihre Entrüstung. So lange aber noch Arbeiter ein derartiges Blatt unterstützen, wird es auch den Mut haben, die Sozialdemokraten so anzupöbeln. Es genügt nicht nur eine tiefe Entrüstung, sondern es muß eine planmäßige Agitation für das Arbeiterblatt entfaltet werden. Die Expedition ist gern bereit, vor jedem Monatsabschluss Agitationsnummern unentgeltlich zu verabsorgen. — Verl. E. Besten Dank. Ist bereits gestern erwähnt. — R. R. Wer uns kein Vertrauen entgegenbringt, dem können auch wir kein Vertrauen entgegenbringen. —

Eingegangen: Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. —

Trabant-Räder

1056

Albert Brennecke

(früher genannt Triumph)

Magdeburg, Sudenburg, Breiteweg 117.

Stiefles Fabrikat. — Kulante Zahlungsbedingungen.

Schönebeckerstr. 108 Buckau Neustrasse 5

Wirtschafts-Bazar, Sudenburg

117 Breiteweg 117

Sämtliche Haus- und Küchengeräte

zu spottbilligen Preisen.

Bitte auf meine drei Schaufenster zu achten.

zu den billigsten Preisen.

Krawatten jeder Art.

Handschuhe, Wäsche, Schirme.

Regenschirme in grosser Auswahl.

Bernhard Döschner

Neustrasse 5.

Buckau

Schönebeckerstr. 108.

Achtung! Schuhwaren

kauft man billig und haltbar in größter Auswahl bei

H. Schulze, Wilhelmstadt

Gr. Döschnerstr. 30.

Reparaturen werden sauber u. billig geliefert.

Überzeugen Sie sich, dass meine Deutschland-Fahrräder die besten und dabei die allerbilligsten sind. Wiederverkäufer gesucht. Haupt-Katalog gratis & franco. Augusti Stukenbrok, Elbeck Deutschlands größtes Special-Fahrrad-Versand-Haus.

Sudenburg.

Mein

Inventur- und Reste- Ausverkauf

endet am 24. Juli und gewähre ich auf jeden Barverkauf bei sehr billigen Preisen einen

Extra-Rabatt von 10 Prozent.

Preise für Reste sind netto, aber enorm billig.

Max Kraft

Sudenburg, Breitweg 40. 1955

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Anknüpfbüro

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts. Fernsprech-Anschluß 1409.

Geschäft: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts, sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatpächtern, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:

2 Metallarbeiter auf Armaturen, Dienstboten auf Schmelz und Chamotte, Stellmacher, Tischler, Schuhmacher, Maler auf Innenmalerei, Kellnerburche sofort und Tischler auf Werkstoff.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5

Geschäft: Räuml. Abteilung von 7-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm. Weibl. 9-1 5-7

Fernsprech-Anschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:

Hausburschen, Laufburschen, Maler und Anstreicher, Buntmaler, Zimmerleute, Stellmacher, Tapezierer, Barbier, Schlosser und Schmiede, Stationsdiener und Wärter für Kasern.

Weibliche Abteilung:

Wäsche für Landwirtschaft, Stiche der Hausfrau, Kinderwäsche, Köchinnen, Hausmädchen, Mädchen für alles, für Hotels, für Landwirtschaft, für Küche und Wäsche in Anstalten.

Gesangverein Gross-Ottersleben.

Sonntag, den 23. Juli 1899, von nachmittags 3 Uhr ab im Lokale des Herrn Ritter

Grosses Sommerfest

bestehend in Instrumental- und Vokal-Konzert, unter Mitwirkung der Gesangvereine des Arbeiter-Sängerbundes.

Von abends 7 Uhr ab: Ball. 2068

In diesem gemächlichen Saale ladet freundlich ein

Der Vorstand.

Diesdorf. Achtung! Diesdorf.

Gasthof z. Weissen Ross.

Sonntag, den 23. Juli, von 4 Uhr nachmittags:

Öffentlicher Tanz.

Ergebenst ladet ein

Fernmann Hildebrandt.

261

Sehr geehrte ich hierdurch mit Lust mein Lokal nach Sonnen im Garten und Gewächshaus zur Verfügung stelle.

Friedrichslust.

Freitag, den 24. Juli

Leipzigerstraße 52.

Da am Dienstag, den 18. Juli, zu meinem Kinderfest mein Lokal

zur Verfügung steht, so veranlasse ich am Dienstag, den 23. Juli,

ein **Kinderfest** zu veranstalten. Die Sonntag ist auch diesmal

ein **Kinderfest** zu veranstalten. Die Sonntag ist auch diesmal

ein **Kinderfest** zu veranstalten. Die Sonntag ist auch diesmal

ein **Kinderfest** zu veranstalten. Die Sonntag ist auch diesmal

ein **Kinderfest** zu veranstalten. Die Sonntag ist auch diesmal

ein **Kinderfest** zu veranstalten. Die Sonntag ist auch diesmal

ein **Kinderfest** zu veranstalten. Die Sonntag ist auch diesmal

ein **Kinderfest** zu veranstalten. Die Sonntag ist auch diesmal

Luisen-Park.

Montag von 6 1/2 Uhr an:

Grosses Garten-Konzert.

Entree 10 Pfennig.

2082

Ergebenst ladet ein

Carl Lankau.

Theater in Gross-Ottersleben.

Sonnabend, den 22. Juli im Saale des Herrn Strumpf

Neu!

Sensationstüch!

Neu!

Dreyfus' Heimkehr

oder: Der Sieg der Gerechtigkeit.

2028

Die Direktion.

Achtung! Benneckenbeck. Achtung!

Am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags von 3 Uhr ab findet das

1. Stiftungsfest des Musik-Vereins „Hoffnung“

im Hoppe'schen Lokale statt. Von nachmittags 3 Uhr ab: **Grosses Garten-**

Konzert unter Mitwirkung sämtlicher Musikvereine Magdeburgs und Umgegend,

sowie Auftreten des **Gross-Otterslebener Athleten-Klubs**; abends von 7 Uhr ab: **Ball.**

Ergebenst ladet ein

Entree nachmittags 20 Pfg.

2039

Der festgebende Verein.

Große öffentliche Versammlung

Böttcher Magdeburgs

am Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr

im Lokale des Herrn Prautsch, Fasslochsberg No. 9.

Tages-Ordnung: **Unsere Lohnbewegung.**

2079

Die Lohnkommission.

Verband der Hafenarbeiter Deutschlands

Mitgliedschaft Magdeburg.

Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 Uhr, bei Müller, Tischlerkrugstr. 22

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Welche Wirkung hat der Massenprotest auf die Vorlage zum Schutze der frei-

willigen Arbeit.

2. Stellungnahme zu einem Verbandsvergütungen.

3. Verbandsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Versammlung für Bezirk Sudenburg

Montag, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr

in der Zerbster Bierhalle, Schönangerstraße Nr. 28.

Tages-Ordnung:

1. Die Entwicklungslehre, in besonderer Berücksichtigung der heutigen

sozialen Verhältnisse. (Referent: Paul Jeller.)

2. Verbandsangelegenheiten und Berichtendes.

Verbandskollegen! Organisation verpricht auch Ordnung. Sorgt aus diesem

Grunde für pünktlichen und guten Besuch der Versammlung. Sorge auch jeder dafür,

daß andere zum Besuch angehalten werden. Besucht unorganisierte Kollegen zum

Besuch unserer Versammlungen und zum Eintritt in unseren Verband zu bewegen.

Die Verwaltung.

2076

Kranken- und Sterbekasse der Handwerker

(E. H.)

zu Burg b. M.

Sonnabend, den 29. Juli 1899, abends 8 Uhr

im Hofjäger

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Halbjährlicher Rechenschaftsbericht.

2. Bericht der Revisoren und Entlassung des Vorstandes.

3. Bewilligung der Kosten für den Delegierten zum Tuberkulose- und

Krankentafel-Kongress.

4. Bericht des Delegierten.

5. Berichtendes.

Der Vorstand.

Dtto Walther, Vorsitzender.

2071

* **Tabakschneidemaschine** zu verkaufen! 1 Arbeitspferd (von 2 eins auszusuchen),

3-4 erzeuge Blumenschnitz. 10 bei G. Wille

2065

* **Burg.** Ein junges Mädchen,

welches die Schneiderei

erlernen will, kann sich melden bei

2072

* **Franz Karnbach,** Bürgermeist. 4.

* **Kraftiger Arbeitsburche** vom Lande sucht

Sitzung in Budau oder Magdeburg-Alt-

stadt. Offerten an Frau, Südf. 5.

* **Zwicker** werden sofort gesucht

2075

* **A. Rosenberg,** Ankerstr. 1.

* **Freundliches Logis** Berlinerstraße 16/17

bei W. H. Bindemann.

* **Freundliches Logis** für zwei Herren

Kamellstraße 6b, 1 Tr. 1, Eing. Thortweg.

2076

Warnung.

Barne hiermit jedermann, etwaige

Veränderungen über mich zu ver-

breiten, wibrigensfalls ich ihn gericht-

lich belangt werde.

616

Fr. Lohe, Barbier.

18 Sofas und Divans

werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlich Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.

S. Osswald

Ulrichstraße 14

1936 1. Etage gegenüber der Ulrichskirche.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61. Sonnabend: Reisuppe mit Rindfleisch.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims, Breitenweg 82, 1 Tr.

Sonnabend: Brühsuppe mit Gries, Kartoffelpudding mit Rindfleisch und Capernsauc.

Unserer Regel-Königin **M. K.** zu ihrem Wegenfeste ein dreifaches

Gut Holz!

Die durstigen Bauernjungen.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend:

Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Viktoria-Theater.

Sonnabend, den 22. Juli 1899:

Pension Schöller.

Schwanz in 3 Akten von Carl Laufs.

Die Versucherin.

Lustspiel in 1 Akt von G. von Moser.

Eugen Kämpel } Albert Bozenhard.

v. Seeberg, Rittmeister }

Cirkus-Sommer-Theater.

2052

Angeheuer groß ist

Der

Alte

Fritz

Beifall, den Jules Crispé allabendlich erzielt. Er vermeidet alles

Alte

Fritz

und bringt nur neue Tricks. Ebenso weiß die Soubrette

Alte

Fritz

müller

sich in die Gunst des Publikums hineinzufangen.

Dauerkarten gültig.

Dienstag, den 25. Juli: **Benefiz für Phil. Nickel.**

Der Fall Schiller in der Kammer.

Die heftige zweite Kammer hielt am Dienstag eine Abend Sitzung ab, um die Interpellation unseres Genossen Abg. Dr. Eduard David zur Beantwortung und zur Besprechung zu bringen. Die Sitzung nahm nach der Frankfurter Zeitung folgenden Verlauf:

Staatsminister Rothe: Bei der Kürze der Zeit habe die Regierung dieser Frage nicht die Sorgfalt widmen können, die sie in Anbetracht ihrer Wichtigkeit verdiene. Nach Art. 13 des Edikts von 1820 über die öffentlichen Dienstverhältnisse der Civilstaatsbeamten habe die Regierung das Recht, jeden Staatsbeamten vermöge Verfügung der Obersten Staatsverwaltung zu jeder Zeit in den Ruhestand zu versetzen. In diesem Falle habe der Großherzog von diesem Recht Gebrauch gemacht, weil die Art, in der Geh. Oberschulrat Dr. Schiller sich der Presse zu seinen Veröffentlichungen bedient habe, mit der Ordnung des Staatsdienstes nicht verträglich sei. Ob ein Disziplinarverfahren eingeleitet werde, sei noch nicht entschieden; eine Wiederanstellung halte die Regierung für ausgeschlossen. Ueber Maßregeln, die zur Beseitigung etwaiger Schäden im Schulwesen zu ergreifen seien, sei sich die Regierung noch nicht schlüssig geworden.

Abg. Dr. David (Soz.) hält die Anwendung jenes längst veralteten Edikts für unangebracht. Man hätte gegen einen Mann wie Schiller nicht so kurzer Hand verfahren dürfen. Es wäre nötig gewesen, ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten und dessen Resultate abzuwarten. In anderen Fällen habe die Regierung eine solche Energie nicht gezeigt. Er erinnere nur an die Fälle Soldan, Dettweiler, Kähler. Soldan sei nicht wie Schiller ohne ein Wort der Anerkennung entlassen. Er bestreite zunächst, daß Schiller sich durch seine Veröffentlichungen in der Frankfurter Zeitung einer Verletzung des Dienstgeheimnisses schuldig gemacht habe. Die geführte Erklärung Schillers im Abendblatt der Frankfurter Zeitung werde ein eigentliches Licht auf das Vorgehen der Regierung. Wenn sie zutraf, so hätte Schiller allerdings nicht erwarten können, daß sein Schritt eine solche Wirkung haben würde. Er erwarte darüber die Erklärung des Staatsministers. Schuld und Sühne ständen nicht in entsprechendem Verhältnis. Die Regierung habe ja auch ihre Schritte, die er als überflüssig bezeichnen müsse, teilweise rückgängig gemacht. Der akademischen Lehrtätigkeit Schillers lege sie kein Hindernis mehr in den Weg. Auch die anderen Schritte könne die Regierung zurücknehmen. Art. 15 des Edikts von 1820 gebe ihr das Recht, einen abgesetzten Beamten wieder in einem anderen Amt zu beschäftigen. Er erachte den Verlust der eminenten Arbeitskraft und Autorität Schillers auf dem Gebiete der Pädagogik als einen schweren Schaden für das Land. Redner legt die Bedeutung Schillers des näheren dar und geht auf seine Veröffentlichungen in der Frankfurter Zeitung ein. Schiller habe den wirksamsten Weg eingeschlagen, um die von ihm erkannten Schäden zu heben. Er habe das System Knorr-Soldan angegriffen, aber nicht die neue Regierung und die neuen Männer. Er habe nur die Wege gewiesen, die zur Heilung führen könnten; das sei ein Verdienst und kein Vergehen.

Abg. Schmeel (natl.): Das energische Vorgehen der Regierung billige er durchaus, da Schiller unter Verletzung des Dienstgeheimnisses die Regierung aufs schwerste distinktiert habe. Eine Regierung, die einen solchen Beamten auch nur eine Minute im Amte dulde, wäre wert, daß sie selber ginge. Die Art des Vorgehens Schillers zeige, daß er habe begehren wollen. Die Regierung habe nur ihre Pflicht gegenüber einer beispiellosen Unbotmäßigkeit getan.

Staatsminister Rothe: Auch der Abg. David habe anerkennen müssen, daß die Pensionierung Schillers auf Grund des bestehenden Rechts erfolgt sei. Zwingende dienstliche Gründe hätten diese Maßregel zu einer unerlässlichen gemacht. Schiller sei im Hauptamt Direktor des Giesener Gymnasiums, im Nebenamt Leiter des staatlichen pädagogischen Seminars gewesen. Die Enthebung vom Hauptamte mußte die vom Nebenamt nach sich ziehen. Seine akademische Lehrtätigkeit werde durch seine Pensionierung nicht berührt. Aus der von Schiller angezogenen Unterredung, bei der die Ministerialräte Braun und Eichenhuth zugegen gewesen, mußte Schiller folgern,

daß Auslassungen in der Presse, wie er sie gebracht habe, nie die Billigung des Staatsministeriums finden würden.

Die Abg. Bähr (Antif.) und Fouy (Antif.) billigen das Vorgehen der Regierung.

Ministerialrat Braun: Das Ministerium sei über die Behandlung dieser Angelegenheit von Anfang an ganz einig gewesen und sei es jetzt noch. Er versichere, daß bei jedem gleich schweren Bruch der Disziplin mit gleicher Energie und Schnelligkeit vorgegangen werden würde. Die geführte Veröffentlichung der Unterredung Schillers mit dem Staatsminister Rothe sei ein Bruch des Amtsgeheimnisses, wie er ihn schwerer sich nicht vorstellen könne. Schiller sei und bleibe auch als Lehrer an der Hochschule pensioniert; lediglich in Rücksicht auf die Hochschule und deren Lehrziele habe man die Fortsetzung der Vorlesung gestattet. Ueber die wissenschaftliche Bedeutung Schillers wolle er sich nicht auslassen; aber je höher die Wissenschaft eines Mannes stehe, desto härter müsse auch das Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit sein. Was habe Schiller berechtigt, die Aufdeckung der vermeintlichen Schäden durch die Presse und nicht auf dem Dienstwege zu bewirken, was habe ihm gestattet, so lange darüber zu schweigen? Selbst wenn er in ruhiger und angemessener Weise eine Veröffentlichung in einem Fachblatt beabsichtigt hätte, wäre er einer willigen Aufnahme sicher gewesen.

Abg. D j a n n (natl.) erklärt in überaus erregter Weise, schon der Umstand, daß Schiller zu seinen Veröffentlichungen die Frankfurter Zeitung gewählt habe, rechtfertige seine Pensionierung. Er wundere sich, daß die Regierung sich noch nicht darüber schlüssig geworden sei, ob ein Disziplinarverfahren zu eröffnen sei. Schiller habe die Unverfrorenheit gehabt, noch, nachdem ihm die Fortsetzung seiner Vorlesungen gestattet worden sei, eine derartige Veröffentlichung mit Namensunterzeichnung zu wagen, wie die im geführten Abendblatt der Frankfurter Zeitung. Er halte es für ganz unmöglich, daß der Staatsminister, wie Schiller behauptet, keine Kenntnis von allen den Dingen gehabt habe, und daß er ihm die von Schiller geführte angegebene Antwort gegeben habe. Der Staatsminister sei dem Lande eine authentische Aufklärung über die stattgehabte Unterredung schuldig.

Staatsminister Rothe: Bei der am 26. Juni in Darmstadt abgehaltenen Unterredung habe er Herrn Schiller ersucht, im Interesse der gegen den Oberschulrat Dettweiler schwebenden Untersuchung weitere Polemiken zu unterlassen. Schiller habe erklärt, er sei in seiner wissenschaftlichen Ehre aufs größtmögliche angegriffen worden, er habe sich nur verteidigt. So lange seine Gegner nicht schwiegen, lasse er sich unter keinen Umständen in seiner Abwehr hemmen und dieselbe sich verbieten. Er habe noch weitere Artikel geschrieben und werde sie bringen, da er das für seine wissenschaftliche Ehre als notwendig erachte. Er habe sodann über den Inhalt derselben einzelne Mitteilungen gemacht. Er, der Staatsminister, habe ihm Vorhaltungen gemacht, aber erfolglos. Schiller habe gesagt, man möge ihn pensionieren und disziplinieren, er lasse sich die Freiheit der Vertretung nicht nehmen. Ueber Form und Art der Artikel habe Schiller nichts mitgeteilt, auch nicht, daß er sie der Redaktion einer Zeitung bereits übergeben hätte. Er, der Staatsminister, habe keine Veranlassung gehabt, ihm zu sagen, er solle das, was er für sich für nötig halte, der Regierung überlassen. Die ganze Art seines Auftretens habe es der Regierung unmöglich gemacht, ihm etwas zu bitten. Er, der Staatsminister, habe ihm gesagt, daß er die Freiheit der Wissenschaft schützen wolle, er habe ihm aber auch deutlich zu verstehen gegeben, daß er damit persönliche Angriffe und Ausfälle nicht billige. Er habe nicht anders denken können, als daß Schiller auf diese Unterredung hin die Publikation unterlassen oder sie aber in wissenschaftlicher und objektiver Form bringen werde. Von der Inhaltsangabe einzelner Artikel sei keine Rede gewesen, nur allgemeine Mitteilungen seien gegeben worden. Die Unterredung habe vollständig den Charakter einer amtlichen gehabt.

Ministerialrat Eichenhuth: Die angezogene Unterredung habe über eine Stunde gedauert und auf verschiedene Gebiete geführt. Schiller sei von Anfang an in einer außerordentlich hochgradigen Aufregung gewesen. Bei der Art der Polemik gegen ihn sei allerdings die Aufregung begründet gewesen. Der Staatsminister habe ihm sehr freundlich und begütigend zugesprochen, Schiller habe sich schroff ablehnend verhalten. Ihn da noch um Ueberlassung seines Materials zu bitten, wäre entwürdigend für den Minister gewesen.

Es wäre der Regierung nicht so ganz leicht geworden, gegen einen so hervorragenden Mann der Wissenschaft, Pädagogen und Unterrichtsreformator in der geübten Weise vorgehen zu müssen; das Interesse des Dienstes habe es jedoch unabweislich verlangt. Schillers wissenschaftliche Bedeutung könne ihn nicht entschuldigen, sondern mache ihn nur noch schuldiger. Daß Schiller früher so häufig als Mahner und Warner aufgetreten sei, bestreite die früheren Mitglieder des Ministeriums. Er habe durch seine jegigen Veröffentlichungen den neuen Männern nicht die Wege geebnet, sondern das heftigste Schulwesen ungerechtfertigt vor ganz Deutschland diskreditiert. Den wahren Grund zur Katastrophe der heftigen Schulbehörde habe Schiller nicht erwähnt; es sei der Fall Dettweiler.

Ministerialrat Braun: Schiller zeigt in seiner Veröffentlichung über die Unterredung auf dem Ministerium manche Gedächtnisfehler. So habe er mit keinem Worte die Artikel in der Frankfurter Zeitung erwähnt. Ja, Schiller habe am 26. Juni sogar geäußert: „Excellenz, ich schreibe nicht in die Frankfurter Zeitung, auch wenn sie mich angreift. Und gestern veröffentlichte er, daß er die Artikel schon am 23. Juni der Redaktion übermitteln habe!“ Schiller habe in der Unterredung Mitteilungen über das Laubacher Gymnasium und über den Gang der Untersuchung gegen Dettweiler gemacht. Die letztere Mitteilung habe auch, wie das Zeugnis des Präsidenten Mez beweisen werde, starke Irrtümer gezeigt. Schiller habe nur von Publikationen gesprochen, die er nicht unterlassen könne, solange seine Gegner nicht schwiegen. Es sei nur Wortklauberei, daß man ihn nicht um Mitteilung seines Materials erjucht habe. Schiller habe eben von vornherein alles abgewiesen. Er mußte sich klar sein darüber, welche Folgen sein Vorgehen haben werde. Ihm allein falle zur Last, was geschehen sei. Es sei ein allerdings mißglücktes Fächterknüttelchen, anderen die Verantwortung zuzuschreiben zu wollen.

Präsident Mez stellt fest, daß er von Schiller mißverstanden sein müsse.

Abg. Dr. Schmitt (Ctr.): Die Debatte würde aufklärend und beruhigend auf das Land wirken. Er wünsche genaue und energische Untersuchung aller der von Schiller vorgebrachten Behauptungen, die bei der wissenschaftlichen Bedeutung des Mannes nicht mit Stillschweigen übergangen werden könnten. Die Regierung wäre der Spott der ganzen Beamtenenschaft geworden, wenn sie nicht gegen den unbotmäßigen Beamten energisch vorgegangen wäre. Ramentlich die geführte Erklärung Schillers übersteige alles, was man von einem Beamten erwarten dürfe. Es liege darin eine direkte schwere Beleidigung des Staatsministers. Die Regierung habe mit ihrem prompten Einschreiten vollständig richtig gehandelt. Energie werde ihr die Sympathien der Bevölkerung auch weiterhin erhalten. Man möge auch ferner Entschlossenheit zeigen.

Abg. Dr. David (Soz.): Schiller sei in dem Artikel, der seine Pensionierung veranlaßt habe, nicht aggressiv gegen seine Vorgesetzten vorgegangen; nicht Amtsgeheimnisse habe er verraten, sondern die Geheimnisse des Herrn v. Knorr. Wenn die Regierungsvertreter in jener Unterredung ebenso heftig gewesen seien wie heute, dann erkläre sich der unbefriedigende Ausgang der Unterredung. Einen Mann von Schillers Bedeutung lasse man nicht leichtfertig ziehen. Die ganze Schuld Schillers könne vielleicht darin gefunden werden, daß er in Art und Form seines Vorgehens über das Ziel geschossen habe. Das rechtfertige aber das Vorgehen der Regierung noch lange nicht. In seiner amtlichen Dienstführung verdiene er das höchste Lob. Sein formeller Vorstoß erkläre sich durch das Gefühl gekränkter Ehre und durch das Temperament. Der Appell an die Öffentlichkeit sei der einzig richtige Weg gewesen. Schiller habe dem Staate nicht geschadet, sondern genützt durch die Aufdeckung der Mißstände. Er und seine Partei würden stets auf die Abschaffung des Edikts von 1820 hinarbeiten. Nicht rücksichtsloses Vorgehen, sondern die Kraft, keine Kritik zu fürchten, bezeuge wahre Stärke.

Geh. Oberschulrat Rodnagel erklärt die „lex Knorr“ als einen Weg, der Ueberbürdung abzuwehren. Die Auslegung Schillers beruhe auf Irrtum oder Mißverständnis. Von der Sperrung über heftige Gymnasien sei ihm nichts bekannt; in der Gegenwart bestehe sie jedenfalls nicht. Redner weist im einzelnen die Angriffe gegen das ganze obere heftige Schulwesen zurück.

Abg. Dr. Schmitt (Ctr.) erklärt, auch seine Partei werde für die Aufhebung des Edikts von 1820 eintreten.

Feuilleton.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(44. Fortsetzung.)

Einige Vorübergehende hatten sich nach der schönen Bacherin umgesehen.

Sidonie faßte sie fester am Arm.

„Nachen Sie doch nicht auf der Straße und sprechen Sie nicht weiter von diesen Frauenzimmern. Wir betachten sie — und das thut gut.“

Sie hatte ein stolzes Lächeln. Nach einigen Schritten aber neigte sie sich ihrer Freundin entgegen und fragte leise: „Können Sie mir vielleicht den Namen dieses Souteneurs verraten?“

„Und neugierig sind Sie doch,“ rief Betty und lachte schon wieder. „Nein, Teuerste, ich habe leider keine Ahnung wer er ist, derjenige, welcher — Sie wissen ja, man amüsiert uns mit solchem Klatsch, aber die Helden bleiben uns weislich verborgen... Nur die Höhe des Reugelbes habe ich auf Unwegen herausgebracht.“

„Nun?“ fragte Sidonie gespannt.

„Kaum glaublich, aber verbürgt.“

„So nennen Sie es doch.“

„Einhunderttausend Mark.“

Sidonie erblähte, sie sagte kein Wort und schritt nur rascher aus.

Betty plauderte weiter und gab ihre Absicht kund, ihren Bruder Hartmann zu besuchen, dem sie eine hübsche Anzahl Karten anhängen wolle.

„Dann fordern Sie doch gleich meine Frau zur Mitwirkung auf,“ bat Sidonie.

„Sie wollen Helene dabei haben? Nun, die wird mit beiden Händen danach greifen, sie ist sehr verzagungsüchtig.“

„Ach, sie ist noch so jung, so voll Illusionen,“ verzogte Sidonie mit einem fast wehmütigen Lächeln, „und bei ihr ist alles wahr, sogar die Freude.“

„Finden Sie?“ fragte Betty spitzig. „Sie ist wetterwendisch — unberechenbar — ach, es ist merkwürdig, wie sich doch alles bei manchen Menschen vergift — wer hätte gedacht,

daß sie sich über den Verlust ihres Kindes so schnell trösten würde.“

„Aber sie soll ja höchst unglücklich gewesen sein, fast gemütskrank.“

„Das ist's ja eben. Sie hat die Verzweifelte gespielt — als wenn ihr in diesem kleinen Wesen alles gestorben wär, was sie jemals geliebt hatte — Sie können sich denken, daß Erich darunter gelitten hat — denn dieser übertriebene Kummer war eine Beleidigung für ihn — und wenn sie sich sein Herz dadurch entfremdet hat, um so schlimmer für sie — ja um so schlimmer — denn schließlich ist sie doch ganz abhängig von ihm.“

„So abhängig, daß selbst jede Regung ihres Seelenlebens unter seine Kontrolle fällt,“ — fiel Sidonie mit feinem Spotte ein.

„Bei Ihnen hört man immer die Männerhasserin heraus,“ versicherte Betty lachend.

Sidonie zuckte die Achseln. Sie sah sehr skeptisch aus.

„Kann ich dafür, daß mir all mein Leben so wenige Männer imponiert haben? Von meinem Bruder halte ich noch am meisten, das ist doch ein feiner Kopf — wissen Sie, daß er zurückkommt?“ fügte sie heiter hinzu. „Vielleicht schon in einigen Tagen, o, ich freue mich sehr darauf.“

Betty fand diese Kenigkeit charmant, und Morres Persönlichkeit und seine Rückkehr war das Thema, das sie nun beide in Atem hielt.

Jetzt machte Sidonie vor einem kleinen villaartigen Hause Halt.

„Leben Sie wohl, teure Freundin,“ sie streckte Betty die Hand entgegen.

„Sie gehen da hinein?“

„Zu meinem Schwager Max. Ich will ihn für unser Unternehmen interessieren.“

„Famos. Das soll ja ein ganz merkwürdiger Mensch sein, ein Sonderling.“

„Ein Sozialist,“ flüsterte ihr Sidonie geheimnisvoll zu.

„Wie unangenehm,“ sagte Betty bedauernd.

„Er ist ein sehr braver Mensch,“ versicherte Sidonie.

„Schon etwas mitgenommen, wie ich höre.“

„Er ist leider krank.“

„Da fehlt's, wie?“ fragte Betty, indem sie auf ihre volle Büste klopfte.

„Ach ja, dieses schreckliche Uebel, von dem es keine Heilung giebt.“

„Recht traurig; ach wenn er nur einige Karten nähme —“

„Er wird sie nehmen und überzahlen,“ versicherte Sidonie bestimmt.

„Gut, dann lasse Sie ihn nur beileide mit ankommen,“ schwäbelte sie, während sie ihrer Freundin lachend zum Abschiede zuwinkte.

XIII.

Am demselben Morgen, zur Zeit als Sidonie in die Sitzung fuhr, war für Frau Doktor Hartmann ein Strauß herrlicher Blumen abgegeben worden. Das Stubenmädchen brachte ihn ihr auf das Zimmer.

Hier, in dem hellen, ippigen, überheizten Raume, in dem vom Garten herein die großen, schneebedeckten Bäume kalte Lichter warfen, sahen wir die zarte, jetzt überschlanke Gestalt Helens an einen Tisch gelehnt stehen, mit beiden Händen die Blumen vor sich hinhaltend.

Sie trägt ein weißes Morgenkleid, dessen lange, feidengefüllte Schleppe sich über den Teppich rollte, und wie sie jetzt den etwas seitwärts gewendeten Kopf den Blumen entgegenneigte, um mit lächelndem Behagen den süßen Duft von Rosen und Flieder in sich aufzunehmen, erschien sie hübscher und anmutiger als je.

Sie lagte still vor sich hin, wobei ihre weißen Zähne zum Vorschein kamen. Es war eine ihr früher nicht eigentümliche Art zu lächeln, aber sie stand ihr reizend.

Sie war in eine neue Sphäre getreten und begann sich ihr entsprechend umzubilden. Die ersten Blide, die sie in diese Welt gethan, hatten sie geblendet. Sie hatte geglaubt, daß die Menschen, mit denen sie nun zusammenkam, die höchste Bildung und die erstaunlichsten Fähigkeiten besitzen müßten, da sie jede Unbildung und Schwäche unachtsamlich vernurteilten. Aber sie merkte zu ihrem Erstaunen, daß sie diese lieblose Kritik auch untereinander übten, und bemüht waren, wo es nur anging, selbst ihren Charakter herunterzusetzen, so daß diese gegenseitige Mißachtung ihr immer deutlicher wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Ministerialrat Braun folgt seinen früheren Ausführungen hinzu, daß Schiller in jener Unterredung erklärt habe, als man ihn auf das Amtsgeschäft verwies: er halte vom Amtsgeschäft überhaupt wenig.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Schmeel, Dr. David und des Ministerialrats Braun wird die Besprechung der Interpellation geschlossen.

Das war die letzte „That“ der heftigen zweiten Kammer. Am Tage danach, am Mittwoch, wurde die Volksvertretung durch den Großherzog persönlich feierlich geschlossen. Die Thronrede weiß nur Gutes über die Thätigkeit der Abgeordneten zu sagen. Sie gedenkt auch der „namhaften Beträge“, die für das heftige Unterrichtsweisen bewilligt worden seien, sagt aber über die vielen „Fälle“, die den geordneten Gang der Verwaltung erschüttert haben, kein Wort.

Wenn man die Minister und die Ministerialräte hört, ist das alles nicht so schlimm. Schlimm ist nur die entsetzliche Disziplinlosigkeit des Direktors Schiller, der mit seiner Beschwerde in die Öffentlichkeit flüchtet, weil er vom Minister nicht die Garantien erhält, daß seine Angaben berücksichtigt und die vielen Auswüchse beseitigt werden. Die Flucht in die Öffentlichkeit aber ist einem loyalen Beamten verboten; darin liegt ein Bruch der Amtverschwiegenheit, wie im Einklang mit der Regierung die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die Nationalliberalen, die Antisemiten und die Centrumsmänner in feierlichen Worten verurteilen. Die Amtverschwiegenheit, die sicherste Stütze unserer bürokratischen Ordnung, darf nicht verletzt werden. Wer es thut, verdient dem Odium von 1820 ausgeliefert zu werden, das man für solche Fälle gut gebrauchen kann, da es der Regierung die Gewalt des absoluten Herrschers einräumt und ihr das Recht giebt, jeden Beamten zu jeder Zeit zu pensionieren, d. h. gleichsam außer Landes zu jagen.

Es waren wieder die Sozialdemokraten, die nicht allein den Beamten, Lehrer und Gelehrten in Schutz nahmen, ihn allein verteidigten, allein seine Rechte vertrat, sondern die auch sofort den Kampf gegen dieses unerhörte Schicksal anknüpften, das dem Ankläger Schiller auch die akademische Lehrtätigkeit nimmt, ohne daß seine Kollegen „rechtlich“ dagegen etwas machen könnten. Aus Gnade darf er vorläufig noch Vorlesungen halten; aus Gnade. Mit dem Ablauf des Semesters wird die Gnade vermutlich aufhören, weiß doch das Ministerium die gesamten bürgerlichen Parteien des Landes auf seiner Seite. Dann kann Hermann Schiller, einer der bedeutendsten Pädagogen und sicher der bedeutendste Schulmethodiker Deutschlands, das Bündel schnüren und dem Lande Hessen den Rücken kehren, dem er bald ein Vierteljahrhundert lang seine besten Kräfte gewidmet hat.

Die bürgerliche Gesellschaft und die Wächter der bürgerlichen Staatsordnung äßen die Männer aus, die etwas anderes kennen als den Justizengenzug, die in Fällen der Not das eiserne Band der Beamendisziplin zu sprengen den Mut haben und die das Verbrechen begehen, von der Amtverschwiegenheit „überhaupt nicht viel zu halten“. Freie ungehemmte Aussprache gefährdet den Respekt, den jeder Beamte vor seinem angeordneten Minister haben muß. Bleibt hübsch weg mit der Fackel der Wahrheit; Nacht muß es immer noch sein, wenn Friedlands Sterne strahlen sollen.

Hermann Schiller zählte sich bisher politisch zu den Liberalen. Er hat in einer wichtigen Stunde seines Lebens die Zuverlässigkeit und den Wahrheitsbrang seiner politischen Freunde und der bürgerlichen Politiker einerseits und die Vernachlässigung, die Kulturschicht der Sozialdemokratie auf der anderen Seite kennen gelernt.

Aus der Parteibewegung.

Staatsbeamte und Sozialdemokraten. Ein Zeitungsbote unseres Kölner Parteizweigs erhielt von seinem Hausherrn folgenden Brief:

Köln, 2. Juli 1899.

Gehörter Herr Bote! Das Verbot von heute morgen mit der Rheinischen Zeitung abzuheben, ist eine große Unbilligkeit zu nennen. Sie werden sich erinnern, daß ich als Beamter der Staatsanwaltschaft nicht anders handeln kann und handeln darf. Ich bitte also höflich, die Zeitung für mich zum Weiterlesen zu erlauben.

Zur Erklärung diene, daß dem Hausherrn eine Nummer der Rheinischen Zeitung überhandt worden war, worin in einem Inserat die Adresse des Zeitungsboten Höller mitgeteilt ist. Herr Höller, der Staatsanwaltschafts-Berater, hat sich offenbar die Entschädigung des Oberverwaltungsgerichtes gegen den Generalprokurator Schürze in Mainz gemerkt, wonach ein Beamter seine Amtspflicht verletzt, da an Sozialdemokraten Wohnungen vermiert.

Nach 14-jähriger Knechtschaft auf freier Fuß geht Am 15. d. Mts. dem Genossen Christoph Gery, der zwei Tage vorher die Strafanstalt Pilsen nach fast 15-jähriger Haft verlassen hatte, in Leipzig an. Bei dem Bahnhofsgebäude hatten sich lange vor Anbruch des Tages 1200 bis 1500 Genossen und Genossinnen eingefunden. Als Gery um 1/9 Uhr abends ankam, wurde er mit jubelnden Hochrufen begrüßt. Alles drängte zu ihm, um ihm die Hand zu drücken. Ein weißgekleidetes Mädchen überreichte dem tapferen Soldaten der Freiheit einen prächtigen Blumenkranz, und die begeisterten Sängereingänge eines jeden Willkommensgesangs. Inzwischen war die Menge immer mehr angewachsen. Ein großer Zug, der allezeit den Anführer ergreift, bewegte sich durch die Bahnhofsstraße über den Schlußplatz zum Gewerkschaftshaus, dessen Balkonterrassen sich rasch füllten.

Soziale Bewegung.

Island.

Zum Ausbruch der Steinmetzen in England ist zu berichten, daß die Arbeit auf zwei kleineren Plätzen fortgesetzt wird, da die Forderungen von den Unionsmitgliedern bewilligt wurden. Es handelt sich um die Straße der Frauen Montag-Brücken und White-Brücken. Die Abwanderung zum Meer ist ein Zeichen der anderen Seite, was die Politik der Streikenden ist eine sinnvolle und

stegesichere. Ueberall sieht man sich darüber auf, daß der freisinnige Bunzlauer Magistrat den vielfachen Wünschen um Errichtung eines Gewerbegerichtes kein williges Ohr schenkte, ein solches Institut für Bunzlau vielmehr als ein Unbegründetes bezeichnete. Das Gewerbegericht hätte in diesem umfangreichen Streik, durch den 500 Familien berührt werden, als Einigungskammer fungieren können. Das Gewerkschaftskomitee hat dem auch sein Gesuch bei den Behörden wieder in freundliche Erinnerung gebracht.

Der Streik der Stuttgarter Möbelarbeiter dürfte so bald noch nicht zu Ende gehen. Die Verhandlungen vor dem Bürgermeisterrat sind resultatlos verlaufen. Die Streikenden fordern, wie bekannt, die neuinständige Arbeitszeit, die Unternehmer wollen diese wohl einführen, aber erst vom 1. Oktober 1900 ab. Darauf konnten die Arbeiter nicht eingehen.

Streikrawalle sollen in Augsburg vorgekommen sein. Der offiziöse Telegraph meldet darüber vom 19. Juli: „Von ausländischen Maurern wurden gestern in der Vertach-Borst vor einem Fabrikantenwesen, in welchem italienische Maurer arbeiten, Ruhestörungen verübt. Die Ausländer suchten, verstärkt durch hunderte von dort wohnenden Leuten in die Fabrik einzudringen, und als dies durch Anwendung von Wasserstrahlen und Feuerpistolen vereitelt wurde, sandten sie einen Steinhagel gegen die Fabrik. Die Polizei war machtlos und es mußte telephonisch Militär requiriert werden, welches jedoch nicht ernstlich eingegriffen brauchte. Der Aufstand dauerte bis gegen 12 Uhr nachts. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.“ Ein Bericht aus Arbeiterkreisen liegt uns noch nicht vor. (Siehe Hauptblatt.)

Ausland.

Ueber den Streik der Brooklyn Straßengahng-Angestellten, der am Montag zum Ausbruch gekommen ist, wird der National-Zeitung in ausführlicher Weise aus New-York berichtet. Danach ist die Ursache des Streiks die Weigerung der Brooklyn Straßengahnggesellschaft, einen festen zehnstündigen Arbeitstag mit dem Lohne von zwei Dollars per Tag und Motorführer resp. Kondukteur einzuführen, sowie einige kleinere Beschwerden der Angestellten abzustellen. Die betreffenden Unterhandlungen hatten schon lange gewährt und wenn auch die jetzt Ausständischen wiederholt mit Niederlegung der Arbeit gedroht hatten, so war doch niemand auf den plötzlichen Ausbruch des Streiks vorbereitet. Die Gesellschaft selbst zog alle möglichen Reservemannschaften heran und ließ überall da, wo Leute aufzutreiben waren, dieselben sofort anwerben, konnte aber damit nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihrer Wagen in Betrieb setzen. Jeder derselben wurde von drei Polizisten besetzt, so daß im ganzen 2000 Schutzeleute zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgezogen werden mußten. Aber da die großen Massen des Volkes in leidenschaftlicher Weise für die Streikenden Partei ergriffen, erwies sich selbst dieses starke Polizeiaufgebot schon gegen Mittag als durchaus ungenügend zur Aufrechterhaltung des Verkehrs, geschweige denn zur Verhütung von Gewaltthätigkeiten. Die neuverworbenen Wagenführer wurden fast überall vom Publikum und von aufgeregten Volkshaufen ausgepöbeln, injuliert, von den Wagen heruntergerissen, ja vielfach schwer mißhandelt. Die Polizei, welche in Folge der großen Ausdehnung der Linien in kleinen Trupps versprengt war, konnte meist nur in wenigen Fällen intervenieren und da kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen mit der Menge, wobei die Polizei vielfach den Kürzeren zog. In der 39. Straße wurde sogar eine Lokomotive quer über das Pflaster umgestürzt und jeder Verkehr dadurch blockiert, d. h. den elektrischen Wagen die Möglichkeit genommen, die Fahrt fortzusetzen; wieder an anderer Stelle wurden die Schienen aufgerissen. Ein so zum Entgleisen gebrachter Tramwayzug fuhr mitten in eine Begräbnisprozession hinein, zerschlug dabei den äußeren Saug, so daß der innere, den Leichnam umhüllende Saug auf das Pflaster stürzte, aufsprang und damit die Leiche bloßgelegt wurde, während eine Anzahl Trauernder verwundet wurden. Die Ausständischen unterhandeln gegenwärtig mit den Angestellten der Brooklyn Elevated Railway Company, um diese gleichfalls zum Eintreten in den Streik zu bewegen. Sollte ihnen das gelingen, so würde sich die Lage allerdings wesentlich zu ihren Gunsten ändern, denn die gesamte Bevölkerung New Yorks müßte unter einem längeren Einstellen des Betriebes dieser beiden, den Hauptverkehr zwischen New York und Brooklyn vermittelnden Gesellschaften zweifellos leiden und es ist nicht ihre Gewohnheit, in solchen Fällen Rücksichten zu nehmen; sie würde in ihrer großen Mehrzahl einfach von den Gesellschaften fordern, daß diese, so gut sie könnten, sich mit ihren Angestellten abfinden, unter allen Umständen aber ihren Betrieb aufrecht erhalten. Aber dieser Ausstand scheint nur ein erstes Weitergehen zu sein und wir nach mehrjähriger Ruhe wieder von einer neuen Ära großer Eisenbahn-Ausstände bedroht zu werden. Bereits haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten, einschließlich der Telegraphen-Beamten der großen Boston-Main-Eisenbahn und New Yorker-Roads und Hartford-Eisenbahnen mit Ausstand gedroht, falls ihren Forderungen nicht Rechnung getragen werde, und die Direktionen haben jedes Entgegenkommen abzulehnen. Es handelt sich in diesem Falle um 15 000 Angestellte. Diejenigen der Bostoner Linie haben bereits den Generalstreik vollzogen. Sollte derselbe ausbrechen, so würde dessen erste Folge die sein, daß die New-England-Staaten von dem Eisenbahnenetz der übrigen Union und Europa vollständig abgeschnitten würden. Soweit die Darstellungen nach der National-Zeitung. Beruhigen sie auf Bahngesetz, so sind das gewiß „Ausführungen“, die sich lesen lassen können. Könnte die berühmte „Deutschschi“ des Herrn v. Pobjedonstsch auch nur entfernt mit Behnlichkeit ansetzen, welche Strafen würden wohl dann für die „Streikverweigerer“ erjomen werden sein?

Ueber den Streik der Brooklyn Straßengahng-Angestellten, der am Montag zum Ausbruch gekommen ist, wird der National-Zeitung in ausführlicher Weise aus New-York berichtet. Danach ist die Ursache des Streiks die Weigerung der Brooklyn Straßengahnggesellschaft, einen festen zehnstündigen Arbeitstag mit dem Lohne von zwei Dollars per Tag und Motorführer resp. Kondukteur einzuführen, sowie einige kleinere Beschwerden der Angestellten abzustellen. Die betreffenden Unterhandlungen hatten schon lange gewährt und wenn auch die jetzt Ausständischen wiederholt mit Niederlegung der Arbeit gedroht hatten, so war doch niemand auf den plötzlichen Ausbruch des Streiks vorbereitet. Die Gesellschaft selbst zog alle möglichen Reservemannschaften heran und ließ überall da, wo Leute aufzutreiben waren, dieselben sofort anwerben, konnte aber damit nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihrer Wagen in Betrieb setzen. Jeder derselben wurde von drei Polizisten besetzt, so daß im ganzen 2000 Schutzeleute zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgezogen werden mußten. Aber da die großen Massen des Volkes in leidenschaftlicher Weise für die Streikenden Partei ergriffen, erwies sich selbst dieses starke Polizeiaufgebot schon gegen Mittag als durchaus ungenügend zur Aufrechterhaltung des Verkehrs, geschweige denn zur Verhütung von Gewaltthätigkeiten. Die neuverworbenen Wagenführer wurden fast überall vom Publikum und von aufgeregten Volkshaufen ausgepöbeln, injuliert, von den Wagen heruntergerissen, ja vielfach schwer mißhandelt. Die Polizei, welche in Folge der großen Ausdehnung der Linien in kleinen Trupps versprengt war, konnte meist nur in wenigen Fällen intervenieren und da kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen mit der Menge, wobei die Polizei vielfach den Kürzeren zog. In der 39. Straße wurde sogar eine Lokomotive quer über das Pflaster umgestürzt und jeder Verkehr dadurch blockiert, d. h. den elektrischen Wagen die Möglichkeit genommen, die Fahrt fortzusetzen; wieder an anderer Stelle wurden die Schienen aufgerissen. Ein so zum Entgleisen gebrachter Tramwayzug fuhr mitten in eine Begräbnisprozession hinein, zerschlug dabei den äußeren Saug, so daß der innere, den Leichnam umhüllende Saug auf das Pflaster stürzte, aufsprang und damit die Leiche bloßgelegt wurde, während eine Anzahl Trauernder verwundet wurden. Die Ausständischen unterhandeln gegenwärtig mit den Angestellten der Brooklyn Elevated Railway Company, um diese gleichfalls zum Eintreten in den Streik zu bewegen. Sollte ihnen das gelingen, so würde sich die Lage allerdings wesentlich zu ihren Gunsten ändern, denn die gesamte Bevölkerung New Yorks müßte unter einem längeren Einstellen des Betriebes dieser beiden, den Hauptverkehr zwischen New York und Brooklyn vermittelnden Gesellschaften zweifellos leiden und es ist nicht ihre Gewohnheit, in solchen Fällen Rücksichten zu nehmen; sie würde in ihrer großen Mehrzahl einfach von den Gesellschaften fordern, daß diese, so gut sie könnten, sich mit ihren Angestellten abfinden, unter allen Umständen aber ihren Betrieb aufrecht erhalten. Aber dieser Ausstand scheint nur ein erstes Weitergehen zu sein und wir nach mehrjähriger Ruhe wieder von einer neuen Ära großer Eisenbahn-Ausstände bedroht zu werden. Bereits haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten, einschließlich der Telegraphen-Beamten der großen Boston-Main-Eisenbahn und New Yorker-Roads und Hartford-Eisenbahnen mit Ausstand gedroht, falls ihren Forderungen nicht Rechnung getragen werde, und die Direktionen haben jedes Entgegenkommen abzulehnen. Es handelt sich in diesem Falle um 15 000 Angestellte. Diejenigen der Bostoner Linie haben bereits den Generalstreik vollzogen. Sollte derselbe ausbrechen, so würde dessen erste Folge die sein, daß die New-England-Staaten von dem Eisenbahnenetz der übrigen Union und Europa vollständig abgeschnitten würden. Soweit die Darstellungen nach der National-Zeitung. Beruhigen sie auf Bahngesetz, so sind das gewiß „Ausführungen“, die sich lesen lassen können. Könnte die berühmte „Deutschschi“ des Herrn v. Pobjedonstsch auch nur entfernt mit Behnlichkeit ansetzen, welche Strafen würden wohl dann für die „Streikverweigerer“ erjomen werden sein?

Ueber den Streik der Brooklyn Straßengahng-Angestellten, der am Montag zum Ausbruch gekommen ist, wird der National-Zeitung in ausführlicher Weise aus New-York berichtet. Danach ist die Ursache des Streiks die Weigerung der Brooklyn Straßengahnggesellschaft, einen festen zehnstündigen Arbeitstag mit dem Lohne von zwei Dollars per Tag und Motorführer resp. Kondukteur einzuführen, sowie einige kleinere Beschwerden der Angestellten abzustellen. Die betreffenden Unterhandlungen hatten schon lange gewährt und wenn auch die jetzt Ausständischen wiederholt mit Niederlegung der Arbeit gedroht hatten, so war doch niemand auf den plötzlichen Ausbruch des Streiks vorbereitet. Die Gesellschaft selbst zog alle möglichen Reservemannschaften heran und ließ überall da, wo Leute aufzutreiben waren, dieselben sofort anwerben, konnte aber damit nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihrer Wagen in Betrieb setzen. Jeder derselben wurde von drei Polizisten besetzt, so daß im ganzen 2000 Schutzeleute zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgezogen werden mußten. Aber da die großen Massen des Volkes in leidenschaftlicher Weise für die Streikenden Partei ergriffen, erwies sich selbst dieses starke Polizeiaufgebot schon gegen Mittag als durchaus ungenügend zur Aufrechterhaltung des Verkehrs, geschweige denn zur Verhütung von Gewaltthätigkeiten. Die neuverworbenen Wagenführer wurden fast überall vom Publikum und von aufgeregten Volkshaufen ausgepöbeln, injuliert, von den Wagen heruntergerissen, ja vielfach schwer mißhandelt. Die Polizei, welche in Folge der großen Ausdehnung der Linien in kleinen Trupps versprengt war, konnte meist nur in wenigen Fällen intervenieren und da kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen mit der Menge, wobei die Polizei vielfach den Kürzeren zog. In der 39. Straße wurde sogar eine Lokomotive quer über das Pflaster umgestürzt und jeder Verkehr dadurch blockiert, d. h. den elektrischen Wagen die Möglichkeit genommen, die Fahrt fortzusetzen; wieder an anderer Stelle wurden die Schienen aufgerissen. Ein so zum Entgleisen gebrachter Tramwayzug fuhr mitten in eine Begräbnisprozession hinein, zerschlug dabei den äußeren Saug, so daß der innere, den Leichnam umhüllende Saug auf das Pflaster stürzte, aufsprang und damit die Leiche bloßgelegt wurde, während eine Anzahl Trauernder verwundet wurden. Die Ausständischen unterhandeln gegenwärtig mit den Angestellten der Brooklyn Elevated Railway Company, um diese gleichfalls zum Eintreten in den Streik zu bewegen. Sollte ihnen das gelingen, so würde sich die Lage allerdings wesentlich zu ihren Gunsten ändern, denn die gesamte Bevölkerung New Yorks müßte unter einem längeren Einstellen des Betriebes dieser beiden, den Hauptverkehr zwischen New York und Brooklyn vermittelnden Gesellschaften zweifellos leiden und es ist nicht ihre Gewohnheit, in solchen Fällen Rücksichten zu nehmen; sie würde in ihrer großen Mehrzahl einfach von den Gesellschaften fordern, daß diese, so gut sie könnten, sich mit ihren Angestellten abfinden, unter allen Umständen aber ihren Betrieb aufrecht erhalten. Aber dieser Ausstand scheint nur ein erstes Weitergehen zu sein und wir nach mehrjähriger Ruhe wieder von einer neuen Ära großer Eisenbahn-Ausstände bedroht zu werden. Bereits haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten, einschließlich der Telegraphen-Beamten der großen Boston-Main-Eisenbahn und New Yorker-Roads und Hartford-Eisenbahnen mit Ausstand gedroht, falls ihren Forderungen nicht Rechnung getragen werde, und die Direktionen haben jedes Entgegenkommen abzulehnen. Es handelt sich in diesem Falle um 15 000 Angestellte. Diejenigen der Bostoner Linie haben bereits den Generalstreik vollzogen. Sollte derselbe ausbrechen, so würde dessen erste Folge die sein, daß die New-England-Staaten von dem Eisenbahnenetz der übrigen Union und Europa vollständig abgeschnitten würden. Soweit die Darstellungen nach der National-Zeitung. Beruhigen sie auf Bahngesetz, so sind das gewiß „Ausführungen“, die sich lesen lassen können. Könnte die berühmte „Deutschschi“ des Herrn v. Pobjedonstsch auch nur entfernt mit Behnlichkeit ansetzen, welche Strafen würden wohl dann für die „Streikverweigerer“ erjomen werden sein?

Ueber den Streik der Brooklyn Straßengahng-Angestellten, der am Montag zum Ausbruch gekommen ist, wird der National-Zeitung in ausführlicher Weise aus New-York berichtet. Danach ist die Ursache des Streiks die Weigerung der Brooklyn Straßengahnggesellschaft, einen festen zehnstündigen Arbeitstag mit dem Lohne von zwei Dollars per Tag und Motorführer resp. Kondukteur einzuführen, sowie einige kleinere Beschwerden der Angestellten abzustellen. Die betreffenden Unterhandlungen hatten schon lange gewährt und wenn auch die jetzt Ausständischen wiederholt mit Niederlegung der Arbeit gedroht hatten, so war doch niemand auf den plötzlichen Ausbruch des Streiks vorbereitet. Die Gesellschaft selbst zog alle möglichen Reservemannschaften heran und ließ überall da, wo Leute aufzutreiben waren, dieselben sofort anwerben, konnte aber damit nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihrer Wagen in Betrieb setzen. Jeder derselben wurde von drei Polizisten besetzt, so daß im ganzen 2000 Schutzeleute zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgezogen werden mußten. Aber da die großen Massen des Volkes in leidenschaftlicher Weise für die Streikenden Partei ergriffen, erwies sich selbst dieses starke Polizeiaufgebot schon gegen Mittag als durchaus ungenügend zur Aufrechterhaltung des Verkehrs, geschweige denn zur Verhütung von Gewaltthätigkeiten. Die neuverworbenen Wagenführer wurden fast überall vom Publikum und von aufgeregten Volkshaufen ausgepöbeln, injuliert, von den Wagen heruntergerissen, ja vielfach schwer mißhandelt. Die Polizei, welche in Folge der großen Ausdehnung der Linien in kleinen Trupps versprengt war, konnte meist nur in wenigen Fällen intervenieren und da kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen mit der Menge, wobei die Polizei vielfach den Kürzeren zog. In der 39. Straße wurde sogar eine Lokomotive quer über das Pflaster umgestürzt und jeder Verkehr dadurch blockiert, d. h. den elektrischen Wagen die Möglichkeit genommen, die Fahrt fortzusetzen; wieder an anderer Stelle wurden die Schienen aufgerissen. Ein so zum Entgleisen gebrachter Tramwayzug fuhr mitten in eine Begräbnisprozession hinein, zerschlug dabei den äußeren Saug, so daß der innere, den Leichnam umhüllende Saug auf das Pflaster stürzte, aufsprang und damit die Leiche bloßgelegt wurde, während eine Anzahl Trauernder verwundet wurden. Die Ausständischen unterhandeln gegenwärtig mit den Angestellten der Brooklyn Elevated Railway Company, um diese gleichfalls zum Eintreten in den Streik zu bewegen. Sollte ihnen das gelingen, so würde sich die Lage allerdings wesentlich zu ihren Gunsten ändern, denn die gesamte Bevölkerung New Yorks müßte unter einem längeren Einstellen des Betriebes dieser beiden, den Hauptverkehr zwischen New York und Brooklyn vermittelnden Gesellschaften zweifellos leiden und es ist nicht ihre Gewohnheit, in solchen Fällen Rücksichten zu nehmen; sie würde in ihrer großen Mehrzahl einfach von den Gesellschaften fordern, daß diese, so gut sie könnten, sich mit ihren Angestellten abfinden, unter allen Umständen aber ihren Betrieb aufrecht erhalten. Aber dieser Ausstand scheint nur ein erstes Weitergehen zu sein und wir nach mehrjähriger Ruhe wieder von einer neuen Ära großer Eisenbahn-Ausstände bedroht zu werden. Bereits haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten, einschließlich der Telegraphen-Beamten der großen Boston-Main-Eisenbahn und New Yorker-Roads und Hartford-Eisenbahnen mit Ausstand gedroht, falls ihren Forderungen nicht Rechnung getragen werde, und die Direktionen haben jedes Entgegenkommen abzulehnen. Es handelt sich in diesem Falle um 15 000 Angestellte. Diejenigen der Bostoner Linie haben bereits den Generalstreik vollzogen. Sollte derselbe ausbrechen, so würde dessen erste Folge die sein, daß die New-England-Staaten von dem Eisenbahnenetz der übrigen Union und Europa vollständig abgeschnitten würden. Soweit die Darstellungen nach der National-Zeitung. Beruhigen sie auf Bahngesetz, so sind das gewiß „Ausführungen“, die sich lesen lassen können. Könnte die berühmte „Deutschschi“ des Herrn v. Pobjedonstsch auch nur entfernt mit Behnlichkeit ansetzen, welche Strafen würden wohl dann für die „Streikverweigerer“ erjomen werden sein?

Gegen die katholischen Geistlichen wählten sozialdemokratische Blätter. So wird der Magdeburgischen Zeitung vom Niederrhein geschrieben: „Die vielfach geäußerte Meinung, daß die zahlreichen Sozialkämpfe am Niederrhein

erst eingetreten sind, nachdem in fast allen hiesigen Industriestädten unter der Beihilfe katholischer Geistlicher (sogen. christliche Textilarbeiterverbände) gegründet worden sind, wird jetzt im Jahresberichte der Stolberger Handelskammer bestätigt. Es heißt in diesem Berichte: In der Textilindustrie fanden in verschiedenen Werken im Kreise Düren Lohnbewegungen und Massenentlassungen statt, die mehr oder minder auf Anregung durch den gegründeten christlich-sozialen Textilarbeiterverband zurückzuführen sind. Der Vermittlung der Behörden ist es zwar gelungen, die Streitigkeiten beizulegen, doch blieb das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gespannter als es früher gewesen ist.“ Evangelisch-Geistliche stehen zwar auch an der Spitze von Arbeitern, die sich in den evangelischen Arbeitervereinen zusammenschließen haben, aber an Lohnbewegungen und Massenentlassungen haben sie keinen Anteil. Als getreue Freunde eines nimmermüden Unternehmertums bemühen sie sich, die Arbeiter von der Besserung ihrer Lage durch Streiks und Massenentlassungen abzuhalten. Wir verstehen daher den Aerger der Magdeburgischen Zeitung gegenüber einzelnen katholischen Geistlichen.

Das Elend der Proletarier in weißer Wäsche wurde dieser Tage wieder einmal durch amtliche Bekanntmachungen illustriert. Wie die Angestellten der Rechtsanwaltschaft bezahlt werden ist ja sprichwörtlich. Neuerdings scheinen aber die Behörden den Rechtsanwälden den Ruhm der schlechtesten Bezahlung nehmen zu wollen. Der Stadtrat zu Sommerach sucht einen Expedienten, also einen bescheidenen Mann, für monatlich 50 Mark, die Amtshauptmannschaft Döbeln einen Diätisten für 42,75 Mark. Den Vog. aber schlägt der Stadtrat zu Wilddruff ab, der einem Kassenschreiber zehn bis fünfzehn Mark monatlich bietet. Es ist wirklich Zeit, daß sich auch die Bureauangestellten organisieren.

Die sächsischen Eisenbahner und das Koalitionsrecht. Der bei der Staatsbahn angestellte M. Jensch in Chemnitz wurde, wie der Weckruf für Eisenbahner mitteilt, mit folgendem Strafbefehl bedacht:

Herrn M. Jensch in Chemnitz.

Auf Antrag.

Auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, in einer am 19. Mai 1899 in Chemnitz stattgefundenen öffentlichen Versammlung aller im Eisenbahnbetriebe beschäftigten Personen, in der Sie als 1. Vorsitzender fungiert haben, eine Aeußerung gethan zu haben, welche eine Aufforderung zu einer ungesetzlichen Handlung enthielt, insofern Sie am Schlusse der Versammlung die Anwesenden aufgefordert haben, dem Verbands der Eisenbahner Deutschlands auch dann beizutreten, wenn man durch Unterschrift seitens der Verwaltung vorgelegten Reverses sich verpflichtet haben sollte, dem Verbands nicht beizutreten.

Uebertretung nach §§ 8, 33 des sächsischen Gesetzes vom 22. Februar 1850, wofür als Beweismittel bezeichnet sind: Das Zeugnis des Kriminal-Schutzmannes Fischer in Chemnitz, eine Geldstrafe von 20 Mark und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von vier Tagen verhängt.

Die Handlung soll also „ungesetzlich“ sein. Das Koalitionsrecht ist ein reichsgesetzlich gewährleistetes Recht. Sollte nicht umgekehrt Jensch behaupten können, daß die Forderung der Unterscheidung eines Reverses, dem Verbands der Eisenbahner nicht beizutreten, eine Forderung darstellt, die gegen die guten Sitten verstößt? Gegen den Strafbefehl ist gerichtliche Entscheidung angerufen worden.

Eine Druckerei mit nur weiblichen Sehern soll in Petersburg ins Leben gerufen werden, und zwar nicht im Interesse der Frauenbewegung, sondern in dem des — Geldjacks. Der Besitzer rechnet nämlich darauf, bei niedrigeren Löhnen fleißigere Arbeiter zu bekommen, als es bisher die männlichen waren.

Frauen im Eisenbahnbau. Bei dem Bau einer Eisenbahn in Nischin-Romgorod (Rußland) hat man sich genötigt gesehen, zu den Erdarbeiten ausschließlich Frauen zu verwenden, weil die Männer es angeht der schlechten Löhne vorgogen, die Gegend zu verlassen. Man benutzt den Umstand natürlich dazu, einen hübschen Profit zu machen, indem man den weiblichen Arbeitern genau die Hälfte von dem zahlt, was man den männlichen geboten hat!

Der Landbote.

Wenn das am grünen Holze geschieht. Die Landwirtschaftliche Wochenschrift für die Provinz Sachsen veröffentlicht ein Verzeichnis von ca. 80 kontraktbrüchigen, größtenteils aus russisch-polen stammenden Arbeitern und Arbeiterinnen, das dem Blatte von der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen mitgeteilt worden ist. Zum Schlusse der Publikation heißt es: „Es wird um Mitteilung an die Kammer über den Verbleib dieser kontraktbrüchigen Leute unbekanntem Aufenthalts ersucht. Namentlich bitten wir die Herren Amts- und Ortsvorsteher, genau auf die veröffentlichten Namen zu achten und uns in dem Ausfindigmachen der Leute zu unterstützen.“ Wenn selbst die bedürftigsten fremden Arbeiter so massenhaft die Fleischtöpfe der provinzipreußischen Junker fliehen, da kann man sich schon ein Bild machen, wie die Behandlung dieser Leute sein mag.

Die Landflucht der ländlichen Arbeiter. Bürgerlichen Blättern wird berichtet: „Die Abneigung der vom Lande stammenden Mannschaften gegen die Rückkehr in die Landwirtschaft hat im abgelaufenen Jahre, wie es im Bericht der Sachsenstiftung (Arbeitsnachweisstelle) heißt, noch weiter zugenommen. „Die landwirtschaftlichen Stellen wurden geradezu verschmäht“, berichtet z. B. der Bezirk Zittau.“ Die Abneigung der jungen Leute, noch länger auf dem Lande als Knecht zu bleiben, ist begreiflich. Unsere Landarbeiter sehen eben das so viel gerühmte „patriarchalische System“ heute mit anderen Augen an und verzichten auf dessen Annehmlichkeiten, die am besten dadurch illustriert werden, daß, wie Figure zeigt, junge Leute nach der Militärdienstzeit, die doch sicherlich nicht zu den Freuden des Lebens gehört, keine Lust mehr nach dem Lande, d. h. nach den dortigen Zuständen haben. Wenn wir auch zugeben, daß dieser Zustand für viele Landwirte eine Katastrophe bedeutet, so wäre doch ein Bedauern sehr unangebracht, weil dieselben Landwirte

für Reformen auf dem Gebiete der Landarbeiterfrage (und eine solche besteht) nur taube Ohren haben. Wer nicht hören will, muß fühlen, heißt es auch hier. —

Militärische Nachrichten.

Aus Wilhelmshaven wird dem Vorwärts berichtet: Durch Blasen eines Dampfrohres auf Torpedoboot S 42 erlitten am Dienstag vier Mann Brandwunden. Letzte Nacht kollidierten S 57 und S 50 auf hoher See. Havarie beträchtlich, bei einem Boot der Steven umgebogen, dem anderen die Vorderseite bis zur Rauchkammer eingedrückt. —

„Stillgestanden!“ Ein in Altenbug wohnhafter Mejermeister meldete beim Bezirkskommando seine Wohnungsveränderung an und weigerte sich, stramm zu stehen, weil er irrtümlicherweise meinte, „diese Zeiten sind vorbei“. Der Mann erhielt dafür 24 Stunden Mittelarrest. —

Ueber die Verbreitung der Tuberkulose in der preussischen und württembergischen Armee ist seit dem 1. April 1890 eine Statistik aufgenommen worden: Danach gehörten die meisten Kranken der Infanterie an (4187), dann folgte die Kavallerie (795), Feldartillerie (618), Fußartillerie (240), Pioniere und Eisenbahntrouppen (188), Dekonomiehandwerker (178), Train (112), Landwehrstämme (98), Festungsgefängnisse (87), Bekleidungsämter (65), Unteroffizierschulen (27), Arbeiterabteilungen (22), Militärkrankenwärter (16), Militärbäder (7). Im Verhältnis zur Kopfstärke der genannten Waffengattungen war jedoch die Krankenzahl bei den eigentlichen Feldtruppen (Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Pioniere) mit 1,8 bis 1,9 v. T. am niedrigsten, etwas höher (2,3) beim Train und Militärkrankenwärtern sowie bei den Landwehrstämmen (2,7), dagegen weit beträchtlicher bei den Dekonomiehandwerkern (4,6), Bekleidungsämtern (5,0), Festungsgefängnissen (5,5), Arbeiterabteilungen (6,0), und Militärbädern (7,0). Bei den Kadetten und Unteroffiziersvorführern sind in den acht Jahren nur elf Fälle von Lungentuberkulose vorgekommen. Hervorzuheben ist die verhältnismäßig große Zahl (191, das ist 7,1 v. T.) der erkrankten Hoboisten und Trompeter. Neben der Anstrengung der Lungen, die das Blasen, namentlich auf dem Marsche, erfordert, kommt hier als ursächliches Moment auch die Lebensweise jener Leute in Betracht, die oft in schlecht gelüfteten, raucherfüllten Räumen bei Festlichkeiten aufspielen.

Eine „hochwichtige“ Aenderung in der Armee wird der Straßburger Post von einem Offizier mitgeteilt. Es ist nämlich die Erkenntnis durchgedrungen, daß der rote braune, hundelederne Handschuh der richtige Offiziershandschuh für Manöver ist. Deshalb wurde für die nächsten Manöver eine diesbezügliche Ordre erlassen. Hierzu schreibt nun der Offizier dem oben genannten Blatt: „Zu der Annahme, daß von den rund 20 000 Offizieren und Aerzten der deutschen Armee für die bevorstehenden Manöver nur je zwei Paar derartiger Handschuhe beschafft werden, würden 40 000 Paar erforderlich sein; da ferner, wie von sachmännischer Seite versichert wird, aus dem Fell eines mittleren Jagdhundes vier höchstens fünf Paar Handschuhe hergestellt werden können, würden 8- bis 10 000 Hunde ihr Leben lassen müssen, um den augenblicklichen Bedarf der jetzt für Offiziere und Aerzte vorgeschriebenen Manöverhandschuhe herstellen zu können. Vielleicht hilft Konstantinopel mit den vielen herrenlosen Hunden aus, den Bedarf an Hundeleber zu decken.“ —

Wien. Das Bureau Herold meldet: Da die Drenkrankheiten bei den Mannschaften zunehmen, verbot der Kommandeur des 6. Armeekorps das Schlagen an die Ohren. hm, hm! —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Bürstenmacher Paul Schmuze zu Eudenburg, geb. 1861, vorbestraft, wegen Sittlichkeitsverbrechens in 3 Fällen zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

In nichtöffentlicher Sitzung wurde ferner die vielfach bestrafte verheiratete Arbeiterin Schulze, Anna geb. Schmuze, hier, geb. 1859, wegen Verübung beschimpfenden Unfugs auf dem Nordfriedhofe und Erregung eines öffentlichen Aergernisses zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Der Schlosserlehrling Erich Tiedge hier, geb. 1885, erbrach am 3. März d. J. in dem Hause Agnetenstraße 61 eine Bodenkammer und stahl eine Weckeruhr, die er mit nach Hause nahm. Am 22. März öffnete er Kutjerstraße 1 eine verschlossene Bodenkammer mit einem falschen Schlüssel und stahl dem Schneidergesellen Heinicke eine Uhr, ein Portemonnaie mit 30 Pf. Inhalt und Kleidungsstücke, die er teils verkaufte, teils versteckte. Am folgenden Tage stahl er aus einer Bodenkammer am Gasselbachplatz einen Ueberzieher. Der Angeklagte erhielt einschließend der noch abzuhängenden 3 Monate und 7 Monate Gefängnis insgesamt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Der Handelsmann Johannes Sippel aus Groß-Ottersleben, geboren 1844, ein alter gewerbmäßiger Betrüger, erschwindelte sich unter Vorpiegelung falscher Thatsachen im Dezember 1898 von einem Arbeiter zu Sinsleben 20 Mark und im Januar d. J. von einer Arbeiterfrau zu Eggenstedt 10 Mark Darlehn. Wegen dieser beiden Betrugsfälle erkannte der Gerichtshof auf zusätzlich 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe ev. noch 20 Tage Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. —

Der Ziegeleiarbeiter Otto Schubert zu Neuenkittische, geboren 1881, stieg in der Nacht zum 12. Juni d. J. durch ein Fenster in das Wohnhaus des Mühlenbesizers Hartwig dahelst und stahl ein Fahrrad, eine Feuerwehrlouise und eine Pellerine, wobei ihm der Ziegeleiarbeiter Carl Ristow, geboren 1882, durch Wachstehen behilflich war. Die gestohlenen Sachen versteckte Schubert in einer Kiefernklammer.

Ihn trafen wegen schweren Diebstahls 6 Monate, Ristow wegen Beihilfe zu 2 Wochen Gefängnis. —

Wegen gefährlicher Körperverletzung hatte sich vor der Hagener Strafkammer der Frhr. v. Dücker aus Möbdinghausen bei Mendon zu verantworten. Er hatte vor kurzem einen Knecht, der seiner Kräfte nicht weit genug ausgewichen war, so daß v. D. über einen Steinhaufen fahren mußte, erheblich mit einem Stocke verletzt. In Anbetracht seiner damaligen Erregung erkannte das Gericht nur auf 100 Mark Geldstrafe. —

Kulturelles aus Schlesien. Im Dorfe Maitwalbau bei Hirschberg (Niesengebirge) war die Frau des Zimmermanns Hinte an den Pocken erkrankt. Auf Grund eines Regulativs vom Jahre 1835 wurde seitens der Polizei über die Familie Hinte (Mann, Frau und sechs Kinder) die Sperre verhängt, d. h. sie durfte weder die Wohnung verlassen, noch durfte jemand sie besuchen. Am 28. Mai entließ der Arzt Frau H. als völlig wiederhergestellt und stellte ihr die Aufhebung der Sperre in bestimmte Aussicht. Als am 1. Juni die Sperre noch nicht aufgehoben war, sah sich die Frau gezwungen, nach Hirschberg zu wandern, um für ihre hungernde Familie Nahrungsmittel zu beschaffen. Unterwegs traf sie der Gendarm, und die Folge war, daß sich die Frau wegen Uebertretung der Sperrvorschriften vor dem Hirschberger Schöffengericht zu verantworten hatte. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Behörde allerdings über die Familie die Sperre verhängt und scharf durchgeführt hatte, daß aber während der ganzen Dauer der Sperre niemand beauftragt war, die bedauernswerten Leute mit dem Nötigsten zu versehen. Nur dem Mitleid einiger Nachbarn, die heimlich hin und wieder einige Nahrungsmittel in die Wohnung H.'s brachten, war es zu danken, daß die Armen nicht verhungerten. Da die Frau H. am 1. Juni im höchsten Nothstande handelte, kam das Gericht auf den Antrag des Amtsanwaltes zu einer Freisprechung. —

Das Statut der neu zu gründenden Allgemeinen Ortskrankenkasse.

II.

Ev. Wir wollen uns in diesem Artikel hauptsächlich mit der Höhe der Beiträge und den Leistungen der neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse beschäftigen.

Soll wirklich etwas Ersprießliches für die Kassenmitglieder geschaffen werden, so darf die Höhe der Beiträge nicht besonders schwer ins Gewicht fallen. Jeder Arbeiter weiß und er ist voll davon überzeugt, daß nur auf Grund irgend einer gesicherten hohen Einnahme Ausgaben bestritten werden können. So in den Gewerkschaften, so auch in den Ortskrankenkassen, bei denen noch die Höhe des wirklichen Verdienstes maßgebend ist.

Wenn wir uns nun die nach dieser Hinsicht bemerkenswerten Ergebnisse der 1896er Statistik der hiesigen Ortskrankenkassen ins Gedächtnis rufen, so müssen wir bekennen, daß die Bemessung der Beiträge zur Allgemeinen Ortskrankenkasse zu 3 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns, wie dies im neuen Statut vorgesehen ist, nicht nur nicht zu hoch ist, sondern in seiner Höhe gerade die weitgehendsten Ansprüche befriedigen wird.

Dazu kommt die Stufenleiter des durchschnittlichen Tagelohns. — Es ist das besondere Kennzeichen der nach geredem Ausgleich strebenden Ortskrankenkassen, daß sie so viel wie möglich die Beitragsklassen nach dem durchschnittlichen Tagelohn festsetzen. Während in den Betriebskrankenkassen, den Junungskrankenkassen usw. die Trennung nach Geschlechtern und nach dem Alter erfolgt, sodaß zum Beispiel ein als 18-jähriger Gejelle nur die Hälfte des Verdienstes seines älteren Arbeitskollegen erarbeitet, trotzdem aber im Falle der Krankheit ebensoviel Krankengeld — meistens für beide viel zu wenig — bezieht, hier also eine durchaus ungerechte und unzweckmäßige Versicherung festgelegt ist, muß eine große Ortskrankenkasse, um den gerechten Ansprüchen der Kassenmitglieder nachzukommen, so viel wie möglich Klassen einrichten, damit aber im Falle der Krankheit jedes Mitglied einmal nicht im Verhältnis mehr erhält, als es gegenüber dem, der mehr verdient als der Durchschnitt ausmacht, erhalten würde, zum andern, damit im Falle der Erkrankung der unterdurchschnittsmäßige Betrag des Krankengeldes für den, der mehr verdient, nicht zum Verschweigen der Krankheit, damit zur Verschleppung führt, während die überdurchschnittsmäßige Höhe des Krankengeldes für den, der weniger thätiglich verdient, als lothendes Mittel zur Simulation, zur Ausbeutung der gefunden Mitglieder, die zahlen müssen, dient. In diesem Bestreben eines gerechten Ausgleichs unterscheidet sich sogar gleich von vornherein eine große allgemeine Ortskrankenkasse von kleinen Ortskrankenkassen, die auch zuweilen den durchschnittlichen Tagelohn nicht nach den tatsächlichen Verhältnissen bemessen, sondern auch nach dem Alter und dem Geschlecht.

Das Statut der neuen Ortskrankenkasse hat nun 7 Beitragsklassen festgesetzt, die einen durchschnittlichen Tagelohn von über 4 Mark bis herunter unter 1 Mark umfassen. Damit ist gleich zur Evidenz bewiesen, daß es unmöglich für die Kassenmitglieder ist, daß sie in dieser neuen Klasse mehr bezahlen müssen als sie vordem in ihren kleinen Kassen bezahlt haben. Entweder haben sie dort mehr bezahlt, weil ihr Verdienst geringer war, oder sie haben zu wenig bezahlt, weil ihre Klasse eine Steigerung des durchschnittlichen Tagelohns über 2.50—3.00 Mark nicht zuließ.

Es kann füglich mit voller Genugthuung konstatiert werden, daß die Bemessung der Beiträge nach 3 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns sowie die Gruppierung der Beitragsklassen in der zu gründenden Kasse nach klugen, gerechten und durchaus notwendigen Gesichtspunkten festgelegt ist, mit der jeder zufrieden sein kann und auch sein wird.

Was nun die Leistungen der neuen Klasse anlangt, so muß zunächst mit Freuden die Bestimmung begrüßt werden, daß jedes arbeitsunfähige erkrankte Mit-

glied vom Tage nach dem Tage der Erkrankung ab sein Krankengeld bezieht. Diese Bestimmung ist schon deswegen so notwendig, weil aus ihrer Unterlassung oder Einföhrung der dreitägigen Karenzzeit sehr viele Krankheiten verheimlicht werden, die später um so heftiger und hartnäckiger ausbrechen und anhalten und von der Klasse ganz bedeutende Aufwendungen zur Heilung verlangen, weil aber auch durch die möglichst sofortige Unterstützung an barem Krankengeld ein gewisses freundliches und sicheres Gefühl der Genugthuung plahgreif, das Simulation zurückhält.

Die Höhe des Krankengeldes beträgt 60 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns, für die erste Klasse 2.40 für jeden Wochentag, für die zweite 2.10 Mark, für die dritte 1.80 Mark, für die vierte 1.50, für die fünfte 1.20 Mark, für die sechste 90 Pf. und für die siebente Klasse 60 Pf.

Und, die Hauptfrage könnte man beinahe sagen, die neue Ortskrankenkasse hat eine Unterstützungsdauer von 26 Wochen vorgezogen, ein Ergebnis und ein Ereignis, das ihr sicherlich die meisten Freunde zuführen wird.

An Sterbegeld hat die neue Klasse das dreifache des durchschnittlichen Tagelohns vorgezogen; für die erste Klasse 120 Mark, die zweite 105 Mark, die dritte 90 Mark, die vierte 75 Mark, die fünfte 60 Mark, die sechste 45 Mark, die siebente 30 Mark. — Gewiß eine äußerst willkommene Unterstützung für die Hinterbliebenen, denen so die Möglichkeit gegeben ist, von dem ausgezahlten Sterbegelde für die erste Zeit noch etwas erübrigen zu können.

Was die andern Bestimmungen über die Gewährung des Krankengeldes betrifft, so wollen wir nur eine hervorheben, daß sehr berechtigterweise davon Abstand genommen ist den Kranken Mitgliedern, welche die Klasse durch eine mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohte strafbare Handlung geschädigt haben, für die von 12 Monaten seit Begehung der Straftat das Krankengeld zu entziehen. — Desgleichen ist davon Abstand genommen worden, Mitgliedern, welche gleichzeitig anderweit gegen Krankheit versichert sind, das Krankengeld soweit zu kürzen, daß es zusammen mit dem aus der anderweitigen Versicherung bezogenen Krankengeld den vollen Betrag ihres durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt.

Wir fügen noch hinzu, daß die Einzahlung der Kassenbeiträge jedenfalls durch Abholung der Beträge festgesetzt werden wird; ein Entgegenkommen, das sicherlich die Arbeitgeber zufriedenstellen wird.

Wir können also, nach dem was wir hier aus den Bestimmungen des Statuts besprochen haben, uns ruhig zufrieden geben; die Kommission, der die Ausarbeitung dieses Statuts oblag, hat die Erwartungen erfüllt, die man in sie gesetzt hat.

Andererseits bezweifeln wir nicht, daß die Regierung diese Bestimmungen grade gutheißen wird, ohne sich in einzelne statutarische Details einzulassen. Es wäre denn doch ein zu großer Widerspruch, offiziell sich an allen Bestrebungen zu beteiligen und sie behördlicherseits zu unterstützen, z. B. die Lungenschwindsuchtgefahr und die Stellung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, und andererseits die Bestrebungen der Arbeiter auf Ausbau ihrer Ortskrankenkasse nach der Richtung größtmöglicher Leistungsfähigkeit hin zu hintertreiben und zu schanden zu machen.

Andererseits werden wir zugleich auf die Bemessung der Unterstützungsdauer der Krankenkassen auf 26 Wochen kommen, des Alters- und Invalidengesetzes wegen —, da ist n. E. die jetzige Statuierung dieser Unterstützungsdauer der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Genehmigung seitens der Behörden gewiß.

Alles in allem: nach meiner Ueberzeugung kann jedes Kassenmitglied die hier besprochenen Bestimmungen gutheißen und mit Lust und Liebe sich der Thätigkeit die Verschmelzung zu befördern hingeben. —

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am 16. Juli tagte im Restaurant zum Bürgerhaus die Monatsversammlung des Vereins der Maschinisten und Setzer von Magdeburg und Umgegend. Außer Vereinsangelegenheiten stand ein Vortrag eines Fräulein Jule auf der Tagesordnung. Nach dem uns zugegangenen ausführlichen Berichte, den wir aber wegen Raummangels nicht wiedergeben können, soll die Rednerin in anregender Weise über Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gesprochen haben. Weiter wies dieselbe die Bernsteinischen Anschauungen zurück und ermahnte die Arbeiter zum Beitritt in ihre Organisationen. Nach dem sehr beifällig aufgenommenen Referate wurde der Kassenbericht vom 2. Quartal erstattet. Die Einnahme betrug 171.00 Mark, die Ausgabe 97.28 Mark, bleibt Cassa 74.42 Mark. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab: Einnahme 88.75 Pf., Ausgabe 68.67 Mark, mithin Ueberchuß 8 Pf. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. —

Sonnabend, 22. Juli:

Central-Krankenkasse der Buchbinder. Jeden Sonnabend Zahlabend im „Steinernen Tisch“.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlabend Neustadt). Mitgliederversammlung abends 8 Uhr bei Schall, Fabrikstr. 5/6.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Eudenburg. Jeden Sonnabend abends von 8—10 Uhr im Restaurant „Deutscher Hof“, Mithaelstr. 16, Zahlabend.

Gesangverein „Freundesbund“, Obenstedt. Jeden Sonnabend abend Uebung bei Hirschfeld. Gesangslustige Freunde sind willkommen.

Arbeiter-Turnverein Hohendobeleben. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Sigis.

Neuhaldensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.

Männer-Turnverein Wessersleben. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr, Turnstunde im „Weißen Hirs“.

Männer-Turnverein Lemsdorf. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8—10 Uhr Uebungsstunde.

Städt. Theater.

Die Sommerbühnen der Spezialitäten-Theater stehen bekanntlich in keinem allzu guten Ruf. Das Publikum lehnt sich nach freier richtiger Lust und entzieht sich der schwüligen und drückenden Temperatur der Theater. Demzufolge vermögen auch die besten Künstler wenig Anziehungskraft auszuüben. In unserem Circus-Theater ist aber von diesen Uebel nicht zu spüren. Einmal ist die Temperatur

des Theaters eine angenehme, wie auch der Besuch desselben die Direktion zufriedenstellt, weshalb sie denn auch nur erste Kräfte, wie wir sie nicht besser auf den Winterbühnen gesehen, engagiert hat. Da fällt zunächst auf Jules Trispe mit seinen tadellos ausgeführten Hebe- und Stemmungsaufgaben, woran sich jeder Athlet und Turner ergötzen kann. In das Auge fallen auch die wunderschönen Apparate. Nicht minder interessant sind die geradezu erstaunlichen Produktionen auf verschiedenen Plätzen, von Billy Rühl geboten. Als guter Komiker zeigt sich noch immer Herr Nibel mit seinen auf Magdeburger Verhältnisse zugeschnittenen Komiklets; er ist der Liebling des Theaterpublikums. Ihm reiht sich Adele Frimüller an, eine sehr muntere Soubrrette mit gutem Witz. In der Kostüm-Soubrette Lucie Fernandez ist eine Konkurrenz entstanden, doch kann sie in Bezug auf Gesang und Figur die Konkurrenz aushalten. Für Humor sorgen Adolphi und W. H. Mell; wir lernen hier eine Landschaftsmalerin und Instrumentalistin kennen, deren musikalisch-equilibristischer Akt recht viel Vergnügen macht. Das Hauptvergnügen bietet doch die geborgte Frau, ein munterer Einakter. Unsere Leser werden sich sicherlich im Circus-Theater amüsieren — wenn sie Zeit und Geld haben.

Walhalla-Theater.

Das Walhalla-Theater bietet gleichfalls ein neues Programm, das seine Vorgänger überflügelt hat. Als Hottie Kostüm-Soubrette ist Fräulein Langhosen engagiert. Sie brilliert in einer sehr noblen Garderobe, auch giebt sie ihre Chansons mit vollem Chic zum Besten. In gleicher Weise wirkt die muntere Viederjägerin Elsa Demmin um die Gunst des Publikums; sie weiß ihre ersten und heiteren Vieder sehr stimmungsvoll vorzutragen. Als dritte Sängerin ist Clara Segall wieder engagiert; ihre Couplets gefallen noch immer. Karl und Anna Langendorj präsentieren sich uns als ein recht gediegenes Duettistenpaar; sie wissen die Lachmuskeln in Erregung zu bringen. Uebrigens ist Karl Langendorj ein sehr guter

Baritonist. Die Ull-Vorstellungen der Hauberparodisten The Bellachini wirken zwergelferschütternd. Auch das Programm des Walhalla-Theaters dürfte sehr viel Freunde finden.

Briefkasten.

Als Gesellschafter der **Schriftenvertriebs-Anstalt, Berlin**, welche die gelben Hefte und sonstige Schmähschriften gegen die Sozialdemokraten verbreiten, werden genannt: a. Christlicher Zeitchriftenverein zu Berlin, Alte Jakobstraße 129, b. Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Philipp Schwarzkopff, Genthinerstraße 15, c. Graf Dr. Scholto Douglas, Wendlerstraße 15, d. Prediger Ernst Rudolf Hülle, Eichhornstraße 9, Geschäftsführer der Gesellschaft ist Hülle. Gesellschafter des zu a. aufgeführten christlichen Zeitchriftenvereins sind: 1. Geheimer Regierungsrat Philipp Schwarzkopff zu Berlin, 2. Professor Adolf Lajson zu Friedenau, 3. Prediger Ernst Rudolf Hülle, 4. Prediger Hans Kanne zu Berlin, 5. Kaufmann Wilhelm Fahrenhorst in Schöneberg, 6. Rentier Friedrich Welter in Friedenau. Ueber das Vorleben des Kaufmann W. Fahrenhorst giebt eine Gerichtsverhandlung Aufschluß, die wir an dieser Stelle wiederholen: Der frühere Kaufmann, jetzige Redakteur Wilhelm Fahrenhorst in Berlin, geboren 1843, war Mitinhaber der hiesigen Firma Böwe u. Fahrenhorst, die in der Heiligegeiststraße 28 ein Kolonialwarengeschäft en gros betrieb und über deren Vermögen am 13. August 1895 Konkurs eröffnet wurde, nachdem der zweite Gesellschafter Schmidt am 14. Februar 1895 flüchtig geworden war. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, die Handelsbücher, namentlich das Kassabuch so unordentlich geführt zu haben, daß ein ausreichendes Bild über den Kassenverkehr nicht zu finden war. Die Aktivmasse betrug 130 946 Mark, die Schuldenmasse dagegen 549 533 Mark. Fahrenhorst behauptet, er habe nicht gewußt, daß das Geschäft schon seit Jahren mit Unterbilanz arbeitete und die Bücher falsch geführt, zum Teil auch beiseite geschafft seien. Sein Schwager

Schmidt, dem die alleinige Führung des Kassabuches oblag, habe betrübliches Vertrauen genossen, daß er (Fahrenhorst), der den ganzen großen Außenverkehr besorgte, sich nicht näher darum gekümmert habe. Es habe ein Geheimbuch existiert, das die Mängel im Kassauche beiseite. Die zum Haushalte jährlich entnommenen 10 200 Mark seien mit Rücksicht auf die Unterhaltungskosten für die trankte Frau und die kranken drei Söhne kein übermäßiger Aufwand gewesen. Zur Verteilung unter die Gläubiger werden etwa 20 Prozent gelangen. Der Gerichtshof erachtete auf Grund der Verhandlung die Schuld des Angeklagten betriebs der unordentlichen Buchführung für erwiesen und erkannte auf 14 Tage Gefängnis. — Wir sehen, die Gesellschafter befinden sich in eigentümlicher Gesellschaft. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Ort	Datum	Stufe	Veränderung
Barndubitz	18. Juli	+ 0.46	
Brandeis	"	+ 0.50	
Melmitz	"	+ 0.32	
Leitmeritz	"	+ 0.25	
Nußitz	19.	+ 0.64	
Dresden	"	- 0.61	
Lorgau	"	+ 1.58	
Wittenberg	"	+ 2.16	
Rosplau	"	+ 1.75	
Barby	"	+ 2.16	
Schönebeck	"	+ 2.07	
Magdeburg	20.	+ 1.98	
Tangermünde	19.	+ 2.75	
Wittenberge	"	+ 2.56	
Dömitz, Pegel	"	+ 2.35	
Lauenburg	"	+ 2.41	
19. Juli	+ 0.39	0.07	
"	+ 0.56	—	0.06
"	+ 0.30	0.02	—
"	+ 0.24	0.01	—
"	+ 0.62	0.02	—
"	- 0.62	0.01	—
"	+ 1.56	0.02	—
"	+ 2.20	—	0.04
"	+ 1.83	—	0.08
"	+ 2.33	—	0.17
"	+ 2.15	—	0.08
"	+ 2.00	—	0.02
"	+ 2.68	0.07	—
"	+ 2.46	0.10	—
"	+ 2.19	0.19	—
"	+ 2.23	0.18	—



Mitteilung.



Wir hatten Gelegenheit, einen großen Posten **Damenblusen und Oberhemden** zu **spottbilligen Preisen** zu kaufen und kommen dieselben, so lange der Vorrat reicht, von Sonnabend, den 22. d. M. zum Verkauf.

Ferner empfehlen wir: **Schleifen, Handschuhe, Strümpfe, Kragen, Korsetts, Unterröcke, Scharpes, Schürzen, sowie sämtliche Baumwollwaren.**

Hüte bedeutend unter Preis.

Für Radfahrer: **Sweaters, Sportheimden, Mützen, Serviteurs, Gürtel, Strümpfe** etc.

Sudenburg
Breitenweg 118a.

Gebrüder Zweig

Sudenburg
Breitenweg 118a.

Gustav Hoffmeister

Magdeburg **Leder-Handlung** Wilhelmstadt
Prälatenstraße 21 **Annastraße Nr. 44**

Leder-Ausschnitt

Bei billiger Preisstellung, sowie sämtliche Schuhmacher-Artikel, diverse Sorten schwarze u. farbige Schuhlacke, Cremes, Schuhbänder, Lederfette usw. und hält sich bei Bedarf bestens empfohlen. 1750

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die **Vollstimme** beziehen zu wollen.

Sudenburg.

Eine außerordentlich große Auswahl in

Herren-Schuhen und -Stiefeln; Damen-Knopf-, Schnür- u. Zugstiefeln; schwarzen u. farbigen Promenaden- u. Hauschuhen; Lasting- und Segeltuchschuhen jeder Art; Knaben-, Mädchen- und Kinderstiefeln; Lederschuhen, Sandalen etc. etc. 1955

in erprobt guter Qualität, werden Formen, einfachen wie eleganten Ausprägungen empfehle ich zu billigen Preisen.

Theodor Kraft

Schuhwaren-Lager

Breitenweg 37. Breitenweg 37.

Groß-Ottersleben.

Friedrich Herrmann, Frankenstraße 71.

Empfehle meine guten und dauerhaften

Schuhwaren aller Art

zu den billigsten Preisen.

Reparaturen werden sauber und preiswert ausgeführt.

Leder-Ausschnitt

in großer Auswahl

Anfertigung aller Schäfte und Reparaturen zu reellsten und billigsten Preisen empfiehlt

H. Blancke, Magdeburg-Neustadt, Leopoldstr. 78.

Den Beweis

daß **eigene Fabrikation**

nach mehr bietet als

vorteilhafter Einkauf

erbringe ich mit meinen

Spezialmarken:

Höchste Leistung Nr. 1 per 100 Stück 6 Mark.

" " " " " " " " 5 " " " " " " " " 4 " " " " " " " " 3 "

Diese Marken zeichnen sich durch ihre vorteilhaften Mischungen in Qualitäten und guten Brand aus.

Paul Müller, Cigarrenfabrik

Magdeburg-Neustadt, Breitenweg 15.

Schuhwaren-Ausverkauf

Goldschmiedebrücke 5.

Die Waren der G. Beies

Konkursmasse

bestehend in hauptsächlich besseren

ff. Schuhwaren

kommt meist anderen Waren von früh 8 bis abends 8 Uhr zu billigen Preisen zum

Ausverkauf.

Wo kauft man

die besten und billigsten

?? Schuhwaren ??

Bei **E. Kaufuss**

Neustadt, Luisenstraße 4.

Standesamt.

Magdeburg, 20. Juli.

Aufgehoben: Kellner Herr. Buchhalter mit Margarete Platom hier. Arb. Franz Gumpert mit Anna Vater hier. Buchhalter Otto Wille mit Gertrud Wähmann hier. Arbeiter Joh. Heinrich August Tuchen in Gommern mit Anna Schuderer in Calbe. Arbeiter Friedrich Robert Wendt mit Minna Olga Demar in Gerwisch. Schneider Julius Hermann Dohjo Schmelzer mit Auguste Wilhelmine Hermine Dett in

Neuhaldensleben. Arbeiter Heinrich Karl Hermann Bagemann mit Wwe. Marie Luise Emma Wächter, geb. Mieglich, in Wittenberg. Oberlehrer Paul Falk in Duffeldorf mit Luise Rehnphow in Warmen. Schmied August Fenz mit Alma Schwenk hier. Möbelhändler Franz Schmidt hier mit Olga Stein in Verden. Prediger Bruno Richter in Hannover mit Martha Beck in Stuttgart.

Eheschließungen: Arbeiter August Schwenk mit Auguste Klapproth hier. Arbeiter Karl Paetz mit Emma Storbek hier. Arbeiter Richard Döbert mit Friederike Groß hier.

Geburten: Marie, T. des Arbeiters Wilhelm Käther. Elise, T. des Gelbgiebers Paul Kropf. Reinhold, S. des Drechslers Otto Hamann. Hellmut, S. des Rechtsanwalts Max Mebes. Hermann, S. des Bootsbauers Hermann Willebrandt. Margarete, T. des Schneiders Julius Schumann. Arthur, S. des Wertmistrs. Karl Feilerabend. Charlotte, T. des Holzfräuers Günther Holze. Emil, T. des Fleischermeisters Ernst Krüger. Jemgard, T. des Schneiders Friedrich Wejenieier. Ernst, S. des Postkassenters Ernst Rätzsch. Lucie, T. des Viktualienhändlers August Alpersmann.

Todesfälle: Johanne geb. Vindsgaard, Ehefrau des Eigenb.-Secret. a. D. Karl Roscher, 76 J. 18 T. Theodor, S. des Postass. Theodor Gerber, 3 M. 27 T. August Laing, Maurer, 47 J. 11 M. 10 T. Hans, S. des Eisenbrechers Joh. Ebermann, 3 M. 4 T. Kurt, S. des Formers Richard Franke, 3 M. 9 T. Wilhelm Friedrich, Arbeiter, 28 J. 1 M. 10 M. Albert Schütze, Kassierer, 53 J. 10 M. 15 T. Margarete, T. des Buchdruckers Hermann Hoppe, 3 M. 19 T. Karl Schlawitz, Maschinenmeister, 56 J. 9 M. 13 T. Meta, unehelich, 1 J. 8 M. 10 T. Marianne, unehelich, 1 M. 12 T. Anni, T. des Arb. Gustav Wahrenburg, 1 M. 27 T. August Reinde, Bauunternehmer, 47 J. 7 M. 1 T. Hedwig Schumann, unehelich, 39 J. 10 M. 12 T. Toigeburt: 1 T. unehel.

Sudenburg, 20. Juli.

Geurt: Gertrud, T. des Straßenbahn-Schaffners August Schnitzendöbel. Todesfälle: Heinrich Möhring, Lehrer a. D., 71 J. 4 M. 18 T. Ignaz Kantwicz, Arbeiter, 47 J. 11 M. 20 T. Gertrud, T. des Schmieds Herm. Köpfer, 9 M. 5 T. Martha Marie, unehelich, 6 M. 19 T. Bernhard, S. des Arbeiters Paul Kubanek, 1 J. 1 M. 15 T. Otto Julius, unehel., 3 M. 6 T.

Buckau, 20. Juli.

Eheschließungen: Lokomotivheizer Karl Emil Wagner in Dessau mit Minna Bertha Vertling hier. Hilfsbremser Friedr. Wlth. Rech. Stappenbeck mit Marie Anna Minna Stein hier.

Neustadt, 20. Juli.

Eheschließung: Malergehilfe Karl Leibner mit Lina Kiebig. Geburt: Willy, S. des Brauers Joh. Leicht.

Todesfälle: Richard, S. des Arb. Ferdinand Jier (Ziehr), 3 J. 2 M. 23 T. Geschied. Pape, Marie geb. Rabe, 65 J. 1 M. 6 T. Richard, S. des Arb. Simon Henze, 9 M. 28 T. Johannes, S. des Postass. Friedr. Stieh, 3 M. 7 T.

Durg, 19. Juli.

Geburten: Sohn des Arbeiters Heint. Lange. Tochter des Tapfers Hermann Schulke. Tochter des Färbereibesizers Gustav Brandt. Tochter des Schuhmachers Gustav Werf. Tochter des Polierers Max Heintz.

Todesfälle: Irene Maria, T. des Kaufmanns Valentin Dursch, 1 M. 15 T. Frieda Stettin, 5 M. 18 T.

Neuhaldensleben.

Aufgehoben: Schneider J. S. B. Schmelzer mit A. M. S. Ost hier.

Geburten: 13. Juli: Ein Sohn, unehel. 17. Juli: Arbeiter M. Latufel ein Sohn. 16. Juli: Steinquithreier B. Lehmann ein Sohn. 15. Juli: Handschuhmacher F. Walloran ein Sohn. 13. Juli: Schornsteinfegermeister G. Lindemann eine Tochter.

Todesfälle: 15. Juli: Charlotte, T. des Handelsmanns Otto Schütte, 9 T. 17. Juli: Unehel. Sohn, 4 M. 6 T.